

Dossier 10 für Medien und Multiplikatoren

Leere Kassen – wen stört's denn...?

Kommunale Haushaltspolitik in Köln und anderswo

Überreicht durch:



Moderation und Textbearbeitung:
Frank Möller / Dr. Joachim Weiner

Transkription:
Ulla Powell

Dossier 10

Leere Kassen – wen stört's denn...?

Kommunale Haushaltspolitik in Köln und anderswo

Die Stadt Köln ist aktuell mit 4,3 Mrd. Euro verschuldet. Der Fehlbetrag im aktuellen Haushaltsentwurf liegt derzeit bei über 280 Mio. Euro, hinzukommen 60 Mio. Euro, um welche die Gewerbesteuer geringer ausgefallen ist als zuvor geschätzt.

Die Politik reagiert mit Grundsteuererhöhung, Zweitwohnungssteuer und Reduzierung städtischer Leistungen auf die Misere – einerseits. Andererseits wird die Krise beharrlich ignoriert, werden zweistellige Millionenbeträge in umstrittene Renommierprojekte (Archäologische Zone) und absehbar defizitäre Wissenschaftsstandorte (Bio Campus Köln) investiert. Ein Erfolg versprechendes Konsolidierungskonzept ist in Köln seit Jahren nicht erkennbar. Vorhandene Einsparpotenziale in vielen Bereichen der Stadtverwaltung – entstanden durch Missmanagement, Fehlplanungen und kostenträchtige Verzögerungen – werden nicht genutzt.

Wie hoch ist die Summe, die jährlich allein dadurch verloren geht? Wie müsste eine Haushaltspolitik aussehen, die eine Sanierung der Finanzen ermöglicht und von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen wird? Und was lässt sich von Kommunen lernen, die ihren Haushalt saniert haben?

„Köln kann auch anders“ (K²A²) dokumentiert im Folgenden eine Diskussion, die am 12. März 2012 im Domforum stattfand und von K²A², dem Katholischen Bildungswerk und der Gesellschaft für interdisziplinäre Praxis ausgerichtet wurde.

Unter der Moderation von Dr. Joachim Weiner und Frank Möller (GIP) diskutierten:

Gabriele C. Klug, Kämmerin der Stadt Köln

Martin Börschel, Vorsitzender des Finanzausschusses der SPD

Frank Schneider, Bürgermeister der Stadt Langenfeld

Der Text der Dokumentation wurde gegenüber dem gesprochenen Wort der Veranstaltung an einigen Stellen gekürzt und sprachlich geglättet. Uns besonders signifikant erscheinende Passagen wurden unterstrichen.

Fünf Monate nach dieser Veranstaltung, am 15. August 2012, veröffentlichte der Kölner Stadt-Anzeiger ein Interview mit Oberbürgermeister Jürgen Roters: „Vom Sparen wird niemand verschont“. Weil es den Stand der Dinge weiter fortschreibt und Einblicke in die künftige Einsparpolitik der Stadt gewährt, fügen wir es der Mitschrift an.

Frank Möller (Moderation):

Meine Damen und Herren, nachdem uns die finanzielle Unterstützung für diese Veranstaltungsreihe durch die Stadt Köln gestrichen worden ist, haben wir uns gesagt, jetzt revanchieren wir uns, jetzt machen wir den Haushalt selbst zum Thema. Ich darf Ihnen zunächst unsere heutigen Gesprächsteilnehmer vorstellen:

Gabriele C. Klug ist Juristin. Sie ist seit Oktober 2010 die Kämmerin der Stadt Köln, war zuvor hauptamtliche Bürgermeisterin der Stadt Rüsselsheim und Kämmerin der Stadt Wesel. Frau Klug ist Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen.

Martin Börschel ist ebenfalls Jurist, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln und außerdem des Finanzausschusses der Stadt Köln sowie Mitglied des Landtages von NRW.

Zu *Frank Schneider* und zu *Langenfeld* muss man ein paar Worte mehr sagen. Herr Schneider ist seit 2009 Bürgermeister der Stadt Langenfeld, Mitglied der CDU und im Amt des Bürgermeisters Nachfolger von Magnus Staehler. Magnus Staehler hat ein Buch geschrieben, das heißt „1 – 2 – 3 Schuldenfrei“¹. Die Stadt Langenfeld ist eine der Städte, die irgendwann beschlossen haben – das liegt natürlich lange zurück, das ist kein Prozess, der von heute auf morgen geht –, sich schuldenfrei zu machen, um weitere Spielräume für die Gestaltung der städtischen Politik zu bekommen. Wir haben uns dafür entschieden, jemanden aus Langenfeld einzuladen, wir hätten ja auch jemanden aus Düsseldorf oder Dresden bitten können, weil diese Städte etwas ähnliches unternommen haben. Aber es gibt einen feinen Unterschied: Die einen haben diese Schuldenfreiheit dadurch erreicht, dass sie quasi das städtische Tafelsilber verkauft haben. Langenfeld hat sich von vornherein dafür entschieden, das nicht zu machen. Wir hoffen also, heute einige Informationen zu bekommen, wie das angestellt worden ist und ob dabei möglicherweise doch das eine oder andere auf die Stadt Köln übertragbar ist, auch wenn man sehen muss, dass Langenfeld mit ca. 60.000 Einwohnern natürlich eine kleinere Stadt ist.

Dr. Joachim Weiner (Moderation):

Haushalt und Haushaltskonsolidierung sind ein so weites Feld, dass es wenig Sinn macht, wenn wir über die Ursachen für die Verschuldung, die von außen kommen, sprechen, die also über die von Bund und Land den Kommunen zugewiesenen Zumutungen erzielt worden sind. Ein großer Teil der städtischen und kommunalen Schulden verdankt sich natürlich dieser Zuweisung von Aufgaben, für die die Städte keine entsprechende Entschädigung von Bund und Land angeboten bekommen, so dass sie permanent immer weiter in die Schuldenspirale hineintreiben. Diese Sache ist unbestritten. Ich glaube, darüber brauchen wir auch nicht zu streiten oder zu diskutieren, weil im letzten Jahr in vielen Zeitungsartikeln, in vielen Stellungnahmen des Deutschen Städtetages die miserable finanzielle Ausstattung der Kommunen seitens der Länder und des Bundes, die permanente Aufbüdung neuer Aufgaben oft genug kritisiert und zu Recht auch verurteilt worden ist.

Wir wollen uns heute eher auf die Ursachen für die Verschuldung konzentrieren, die von der Stadt selbst verursacht worden sind durch bestimmte Haltungen, Organisationsfragen, organisatorische Festlegungen, durch die Arbeit der Verwaltung und durch die Vorgaben der Kölner Politik. Und natürlich möchten wir über die Aufgabe der Kämmerin, ein Konsolidierungs- bzw. ein Sanierungsprogramm für den Haushalt auszuarbeiten, ebenfalls sprechen. Welche strategischen Ziele werden verfolgt? Ist die Strategie zukunftsfähig, ist sie Erfolg versprechend, oder aber ist die Strategie vielleicht gar nicht so zielführend, wie man glauben könnte. Das ist unser Aus-

¹ Magnus Staehler, 1 – 2 – 3 Schuldenfrei. Wie Langenfeld aus Amtsschimmel Rennpferde machte – die Erfolgsformel zur Sanierung städtischer Finanzen, Wien 2008.

gangspunkt.

Herr Schneider, ich möchte Sie bitten, den Einstieg zu machen und uns vier oder fünf ganz markante Entscheidungen bzw. strategische Ausrichtungen zu nennen, die wesentlich dazu beigetragen haben, dass Langenfeld heute eine fast schuldenfreie Kommune ist.

Frank Schneider:

Gestatten Sie mir vorher zwei Anmerkungen. Zum einen zum Buch. Ich bin seit 2009 Bürgermeister, war aber in Langenfeld dreizehn Jahre Büroleiter meines vorherigen Chefs, sprich des Bürgermeisters. Insofern bin ich jetzt auch seit mindestens sechzehn Jahren an der Entschuldung der Stadt beteiligt, auch einige Textpassagen des Buches stammen von mir.

Zweite Anmerkung: Ich möchte eingangs ganz provokant fragen, was unterscheidet uns hier in Deutschland eigentlich von Griechenland? Antwort: nicht viel. Mal abgesehen davon, dass wir eine andere Wirtschaftsstruktur haben oder dass wir überhaupt Strukturen in diesem Land haben, leben auch wir über unsere Verhältnisse, und das Schlimme daran ist, wir alle sind nicht bereit, etwas daran zu ändern. Und das ist nicht nur so bei der politischen Kaste, die dafür immer verantwortlich gemacht wird, sondern jeder einzelne von uns denkt so. Wenn sich eine Stadt entschulden möchte, und so ist es auch in Langenfeld gelaufen, hat also jeder dazu beigetragen.

Nun zu den eigentlich wichtigen Dingen, die Sie ansprachen. Es ist schon gesagt worden: Entschuldung ist ein langer Prozess. In Langenfeld hat er 23 Jahre gedauert. Das Wesentliche an dem Start des Prozesses war auch bei uns vor Mitte der 1990er, Ende der 90er Jahre der Beschluss des Rates, und der war einstimmig: Nettoneuverschuldung null. Wir haben damals also noch nicht gesagt, wir wollen uns entschulden, soweit haben wir noch gar nicht gedacht. Wir kommen – das ist natürlich nicht mit Köln zu vergleichen, weil wir kleiner sind – von 45 Millionen Schulden. Und das, was wir beschlossen hatten, Nettoneuverschuldung null, bedeutete, wir geben nur noch das aus, was wir noch haben. Das war ein einstimmiger Ratsbeschluss. Und wenn alle das wollen, dann muss es einen politischen Beschluss geben, der nicht nur von den Ratsfraktionen gefasst ist, sondern der auch nach Möglichkeit von der Bevölkerung mitgetragen wird, die brauchen Sie nämlich nachher.

Das zweite: Ich brauche eine strategische Ausrichtung für alle Handlungsfelder einer Stadt. Wo möchte ich mit meiner Stadt hin? Wo möchte ich vielleicht auch nicht hin? Wo setze ich Prioritäten mit den Mitteln, die ich jetzt habe? Diese strategische Ausrichtung hatten wir das erste Mal vor dreizehn Jahren gemacht. Sie ist jetzt gerade neu aufgelegt worden unter dem Schwerpunkt „Demografische Entwicklung“. Ein Schwerpunkt, den wir damals festgelegt haben, war das Thema „Wirtschaftliche Entwicklung“, „Mittelständische Entwicklung“. Wir hatten zwei größere Firmen, die Pleite gegangen sind, und waren mittelständisch nicht allzu gut aufgestellt. Darauf haben wir dann den Schwerpunkt gelegt. Es ist immer zu meiner Freude: da schlafen viele Städte den Schlaf des Gerechten.

Wir haben es so gemacht: Wir nehmen die Firma an die Hand. Wir haben nicht mehr allzu viele Gewerbeflächen in Langenfeld, wir nehmen die Firma also so lange an die Hand und so fest an die Hand, dass sie auch kurzfristig unterschreibt. Das heißt auch, kurze Genehmigungsverfahren. Das kürzeste, was wir geschafft haben, war von der Erstellung eines B-Planes bis zum Einzug einer Firma plus Bau der Firma plus alles was dazu gehörte, also des Gebäudes, das war in einem guten halben Jahr geschafft. Die andernorts üblichen „Behörden-Rallyes“, die haben wir abgeschafft. Es gibt ein Vorgespräch, dann gibt es maximal zwei Termine mit allen Oberbehörden, die dafür notwendig sind, an einem Tisch, meistens bei uns in der Verwaltung. Und dann werden Fakten festgezogen, so dass der Interessent die Daten und Fakten hat, die er braucht, und sagen kann, mache ich oder mache ich nicht.

Das zum Thema „Gewerbe“. Dann, in jedem Haushalt, behaupte ich, ist bei den Personalkosten

richtig Spielraum. Das wird natürlich immer abgetan, wir brauchen alles, wir machen alles. Personalkosten hat natürlich auch was mit Aufgabenkritik zu tun. Müssen wir das alles machen als öffentlicher Dienst, was wir jetzt hier machen? Wir haben eine ganze Ebene abgeschafft, Referats- oder Amtsleiter hießen die damals noch. Wir haben Verantwortung nach unten delegiert. Das hat nicht jedem gefallen, die mussten auch nicht mitmachen. Diejenigen, die mitgemacht haben, waren durchaus motiviert. Wir sind nachher auch dazu übergegangen, in vielen Bereichen *mehr* zu zahlen als vergleichbare Städte. Das war ganz einfach eine Motivation auch an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für gute Arbeit. Und das ist immer mein Plädoyer in allen Bereichen: Gute Arbeit muss sich lohnen, Leistung muss sich lohnen und ich belohne auch Leistungen. Insofern war auch eine entsprechende Motivation da. Und wir haben viele, viele Stellen eingespart, wobei man da natürlich immer auf die Grenze gucken muss, wo ist es nachher dann zuviel des Guten, z. B. bei Erkrankungen von Mitarbeitern.

Das war also das Thema Personalkostenoptimierung. Dann haben wir ein Thema angefasst, auch recht frühzeitig angefasst, was uns jährlich richtig Millionen bringt, das Thema Gebäudebewirtschaftung, Gebäudemanagement. Bei uns war es damals so: Jede Schule hatte ihren Hausmeister, bzw. auch ihr Hausmeister-Ehepaar, auch eine kleine Grundschule, die alles das gemacht haben, was ein Hausmeister eigentlich nicht machen soll, nämlich, wenn es an Reparaturen ging, dass dann der Handwerker geholt wurde, der anschließend für viel Geld repariert hat. Und das nächste: Wir hatten die verschiedensten Bereiche in der Verwaltung. Das Jugendamt war für die Kindergärten zuständig, das Schulamt für die Schulen, das Ordnungsamt für die Obdachlosen, Asylbewerber, Heime und, und, und.

Wir haben dann in zwei Schritten folgendes gemacht: Wir haben alle Gebäude in einen Bereich geholt, nämlich in das Gebäude-Management. Da kann ich Synergieeffekte erzielen, sei es bei den Energiearten, bei den Bestellungen allein von Heizöl, von Gas. Im nächsten Schritt haben wir ein Gebäude-Kataster gemacht, d. h. jede Schule ist vermessen worden. In jeder Schule ist eine Bestandsaufnahme gemacht worden. Und allein bei den Reinigungskosten, bei den Ausschreibungen sind hohe sechsstellige Beträge gespart worden, weil vorher angeblich Dinge gereinigt worden waren, die es gar nicht mehr gab. Es waren Vorhänge irgendwann mal ausgeschrieben, die wurden als gereinigt berechnet, die gab es schon gar nicht mehr. Es wurden Fensterflächen gereinigt, die es eigentlich auch schon nicht mehr gab. Also: das Gebäude-Kataster wurde erstellt. Bei uns kann das Gebäude-Management jetzt zu jedem städtischen Gebäude - nicht nur zu Schulen - genau sagen, wie groß sind diese Räume, was ist dort vorhanden an Glasflächen, was muss wie gereinigt werden und, und, und.

Dann der „Hausmeister-Pool“. Wir haben gesagt, eine kleine Grundschule braucht kein Hausmeister-Ehepaar. Das ist vollkommener Quark. Die Hausmeister sollen auch nicht für den Schulleiter Kopien machen oder auf den Markt gehen und Besorgungen machen, sondern die sollen Hausmeisterdienste machen. Wir haben also einen Hausmeister-Pool gebildet, der ist unterteilt in einen Teilpool von Betreuern und der andere sind diejenigen, die auch reparieren. Wir haben dazu sämtliche Gewerke, auch Meister eingestellt. Die reparieren auch die normalen Schäden, die wir dort haben - das defekte Waschbecken, die abgetretene Toilette oder den Toilettendeckel. Auch für Malerarbeiten holen wir keine Handwerker mehr. Das machen unsere Hausmeister jetzt selbst. Auf die entsprechenden Berufsausbildungen haben wir natürlich mit der Zeit auch bestanden. Wir haben dann auch bei der Beschaffung die gleichen Konditionen oder zum Teil bessere Konditionen, weil wir mehr abnehmen, als der ein oder andere Handwerkerbetrieb, d. h. wir kriegen Großhandelspreise.

Also: bei uns ist es nicht mehr so, dass der Handwerker gucken kommt, sieht, was fehlt. Dann fährt er wieder das Zeug holen, dann repariert er und wir kriegen am Schluss eine teure Rechnung. Unsere Kräfte sind i. d. R. etwas billiger. Das ganze neu strukturierte Gebäude-Management

ment spart uns summa summarum jährlich zwei bis zweieinhalb Millionen, und das seit über fünfzehn Jahren. Das ist für uns richtig Geld.

Es hat natürlich alles viel Kraft gekostet. Das ist aber bei allen Einsparungen so. Es gibt immer Widerstände, es gibt auch zum Teil massive Widerstände. Dagegen muss man argumentieren, teilweise muss man sie einfach brechen und den Leuten zeigen, dass das richtig ist, was man macht. Und das ist i. d. R. in Langenfeld auch so gelaufen.

Entschulden, sanieren oder wie man das auch immer nennt, heißt auch, auf viele Sachen zu verzichten. Ich muss dem Bürger klar machen, was er vielleicht in Zukunft nicht mehr kriegt, was er selber machen muss, was wir als Stadt dann weiterhin machen. Das heißt Diskussionen und heißt natürlich auch, dem Bürger zu sagen, dass in Langenfeld - früher zumindest - einige Sachen nicht möglich waren. Ein Beispiel: In allen unseren Nachbarstädten sind Spaßbäder gebaut worden. Wir haben uns bewusst dagegen entschieden. Wir haben ein Freizeitbad, ein Hallenbad und ein Freibad. Die haben wir bewusst gehalten.

Frank Möller:

Ich greife jetzt mal ein Stichwort auf, das Sie am Anfang gegeben haben - strategische Ausrichtung - und versuche, zu Frau Klug überzuleiten. Frau Klug, Sie haben im Februar auf weitere Sparmaßnahmen gedrängt, um einen Nothaushalt für die Stadt Köln zu vermeiden. Ich nehme an, Sie haben auf ähnliches früher auch schon gedrängt. Die Frage ist, welche strategische Ausrichtung sollen diese Sparmaßnahmen für Köln haben? Das, was in Folge davon in den Zeitungen zu lesen war, war, dass der OB angekündigt hat, die Ausgaben der Verwaltung um 40 Mio. Euro kürzen zu wollen. Da kann man sich natürlich auch vorstellen, dass der Druck, der dann auf der Verwaltung lastet, möglicherweise zu einer weiteren Erhöhung des Krankenstandes führen wird, der in Köln ohnehin exorbitant hoch ist. Sie selbst haben die Erhöhung von städtischen Steuern ins Auge gefasst. Inzwischen wurde die Entscheidung über den städtischen Haushalt für weitere Monate aufgeschoben. Warum dieses Zögern? Und welche strategische Ausrichtung haben Sie für die anstehenden Kürzungsmaßnahmen?

Gabriele C. Klug:

Der Umstand, weshalb wir den Haushalt schieben mussten, war, dass wir Ende letzten Jahres in zwei aufeinander folgenden Quartalen erhebliche Mindereinnahmen gegenüber unserer Planung feststellen mussten. Ich weiß nicht, wie es Ihnen in Langenfeld ging, aber es ist ja allgemein bekannt, dass die Konjunktur zurückging. Das zwang uns dazu, kurzfristig unsere Strategie zu modifizieren, nämlich kurzfristige Ergebnisverbesserung anzupeilen, die außerhalb unseres Strategieprozesses laufen müssen. Und das macht die Sache in der Tat im Moment recht schwierig. Wir haben einen Strategieprozess verabredet im Stadtvorstand, der auf drei Stufen aufbaut. Zum einen darauf, dass sich der Stadtvorstand auf inhaltliche Ziele verständigt, wie sie heute bei einer Reihe von Kommunen verabredet sind, die dann aber auch mit dem Rat diskutiert und vom Rat verabschiedet werden müssen, um eine Bindungskraft zu erzielen. Schwerpunkte also, die man in einem durchaus über die Wahlperiode hinausgehenden Zeitraum sich setzen möchte. Das sind wirtschaftspolitische Schwerpunkte, ökologische Schwerpunkte, grundlegende infrastrukturbezogene Schwerpunkte, Schwerpunkte rund um die Mobilität etc.

In diesem Prozess befinden wir uns. Da ist der Stadtvorstand unter der Führung des OB auf einem guten Weg. Die Leistungen und Leistungsbündel, die wir bringen, sind in einem Rahmen-Produktplan zusammengefasst und dieser Produktplan muss sich dann an diesen strategischen Zielen ausrichten. Derzeit haben wir eine Haushaltsgliederung, die sehr stark von der Organisation, also von einzelnen Zuständigkeiten bestimmt ist. Die müssen aber nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Oftmals, das ist ja auch angesprochen worden, gibt es Synergien allein daraus, dass

man neue Überlegungen zu Zuständigkeiten anstellt, wie man Dinge, wie man Leistungen zusammenpacken kann. Dieses alles ist Gegenstand des strategischen Prozesses.

Kurzfristig mussten wir nun auf eine Erhöhung unserer Sparmaßnahmen, auf eine Erhöhung der Effekte der Ergebnisverbesserung zurückgreifen, um zu verhindern, dass wir infolge dieser Einnahmeverschlechterung, die kurzfristig kam, in eine höhere Verschuldung hinein kommen und in das Nothaushaltsrecht fallen. Diese Einspardiskussion wird im Stadtvorstand geführt. Ich will das noch mal betonen, dass nach der neuen Sicht der Dinge die Kämmerei die Angelegenheiten ordnet und den finanziellen Rahmen vorgibt, dass wir aber in Bezug auf das, was an konkreten Maßnahmen zu ergreifen ist, auch als Kämmerer heute großen Wert darauf legen, nicht an den Fachverwaltungen vorbei zu handeln. Das hat etwas damit zu tun, dass wir versuchen, auch wenn es ums Einsparen geht, nicht nur, wenn es ums Ausgeben geht, möglichst zielgenau und möglichst umsichtig vorzugehen. Wenn wir jetzt also im Jugendbereich oder im Sozialbereich bestimmte Mittel wegnehmen, weil sie zu den Potenzialen gehören könnten, die man kurzfristig einsparen kann, dann müssen wir uns ja Gedanken darüber machen, was bewirken wir mittel- oder langfristig damit? Reißen wir ein Loch auf, das wir dann in den Folgejahren mühsam wieder stopfen müssen. Kurz und gut, deswegen führen wir den Prozess heute so voran, dass wir mit den Fachverwaltungen uns darüber unterhalten, wo man sinnvoll sparen kann, wo man strukturiert sparen kann und auf diesem Weg sind wir.

Frank Möller:

Aber kommen denn Vorschläge, wo zu sparen ist?

Gabriele C. Klug:

Selbstverständlich.

Frank Möller:

Ich meine natürlich ernst gemeinte Vorschläge. Dass *taktisch motivierte* Vorschläge gemacht werden, ist schon klar.

Gabriele C. Klug:

Nein, ich möchte da wirklich eine Lanze für meine Kolleginnen und auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brechen. Natürlich kennen wir alle die Nummern, dass da vergiftete Pralinen über den Tisch gereicht werden. Aber, und das möchte ich betonen, dezentrale Ressourcenverantwortung hat was mit Verantwortung zu tun. Und ich bestehe darauf, dass auch dieses Bild in der Öffentlichkeit korrigiert wird, dass die, die außerhalb der Kämmerei sich um Finanzen und Finanzentwicklungen Sorgen machen und damit um die Entwicklung der Stadt Köln Sorgen machen, dass die nur an ihre eigenen Belange denken. Natürlich ist es so, dass auch meine Kolleginnen und Kollegen in den Fachbereichen in der Verantwortung stehen, ihren Bereich strategisch zu führen, und das heißt, ohne große Zacken nach oben oder nach unten sich auf eine Linie zu verständigen, was will ich denn morgen erreichen. Und da macht es viel mehr Sinn, sich auf die konkrete Haushaltssituation mit eigenen Vorschlägen einzulassen, als zu warten, bis „der Padrone“ kommt und sagt, du musst jetzt in dem Bereich so und so viel Geld auf den Tisch der Konsolidierung legen.

Lassen Sie mich noch eines sagen: Ich lege großen Wert darauf, dass wir von Sanierung sprechen, warum? Weil in dieser Änderung der Begrifflichkeit zum Ausdruck gebracht werden soll, dass es um mehr geht als um Einsparen. Es geht darum, generationengerecht Zukunft einzutüten, wenn ich das mal so sagen darf. Und diese Denkweise müssen wir transportieren. Das ist kein Denken, was nur in der Kämmerei verankert sein darf. Das ist ein Denken, was in die gesamte

Verwaltung gehört. Und dann noch ein Drittes: Natürlich müssen wir uns öffnen, und das tun wir auch. Diese Diskussion führen wir und die wird auch zu spürbaren Ergebnissen führen. Wenn wir uns die Erstellung einer Leistung, einer öffentlichen Leistung als einen Produktionsprozess mit Produkten vorstellen, dann müssen wir darauf schauen, wer wirkt mit bei der Erstellung der Leistung? Und da schauen wir natürlich darauf, dass nicht nur die Verwaltung alleine eine Leistung erstellt, sondern dass sie bei der Leistungserstellung entweder Bündnispartner hat oder haben kann. Die kommen aus der lokalen Wirtschaft, die kommen aus dem, was man Dritter Sektor nennt, also aus Verbänden, Vereinigungen, die sich mit öffentlichen Leistungen befassen, und die kommen auch aus der Nachbarschaft, aus dem, was wir Zivilgesellschaft oder auch Ehrenamt nennen. Und in diesen Kategorien müssen wir denken, um voran zu kommen und die Leistungserbringung der Kommune zu optimieren, indem wir uns öffnen gegenüber denen, die auch diese Leistungen mit uns gemeinsam erbringen können.

Dr. Joachim Weiner:

Schönen Dank, Frau Klug. Nun zu Ihnen, Herr Börschel. Sie vertreten heute die Seite der Politik. Die Politik muss ja auch mit ins Boot gehen, wenn es um Konsolidierung, um Sanierung, um zukunftsorientierte Ausrichtung der Stadtfinanzen geht. Nun wissen ja auch Sie seit längerem, dass es finanziell eng wird in Köln. Dennoch hat der Rat im letzten Jahr eine ganze Reihe von ziemlich teuren Großprojekten beschlossen, bevor der Haushaltsentwurf in die Öffentlichkeit gelangt ist, wohl wissend, dass das diesmal eben sehr eng wird. Ist die Politik denn da ihrer eigenen Verantwortung gerecht geworden oder ist es nicht so, dass man sich gesagt hat, wir ziehen jetzt erst mal unsere Projekte durch. Ich will jetzt nur mal die wichtigsten nennen: Rheinufer, jüdisches Museum, Flora, dann auch noch den Kauf des Bio-Campus, den wir für eine sehr fragwürdige Sache halten, obwohl immer wieder beschworen wird, das sei ein ganz tolles Geschäft gewesen. Und das alles noch neben den schweren Aufgaben, den Schauspielhaus-Oper-Komplex zu sanieren und der Wiederaufbau des Stadtarchivs zu finanzieren. Hat sich die Politik da nicht wieder einmal – wider besseres Wissen - übernommen?

Martin Börschel:

Richtig ist, dass die Stadt offensichtlich seit vielen Jahren über ihre Verhältnisse lebt. Dafür gibt es außenstehende Faktoren, die wir heute aber nicht vertiefen wollten. Dennoch ist es wichtig zu wissen, dass der Haushalt der Stadt Köln alleine 1,3 Mrd. Euro Transferaufwendungen beinhaltet, etwas über ein Drittel. Daran sieht man bereits, dass hier auch strukturell etwas nicht in Ordnung sein kann. Richtig ist aber auch, dass in den letzten Jahren und Jahrzehnten, gerade bei größeren Projekten, viele Fehler gemacht worden sind. Dazu muss man sich in der Geschichte Kölns gar nicht allzu gut auskennen, um das so bestätigen zu können. Andererseits gibt es eben auch bei größeren Projekten Notwendigkeiten, die über viele Jahre und Jahrzehnte aufgeschoben worden sind. Sie haben ja in Ihrer Aufzählung in der Einladung ganz bewusst Oper und Schauspiel nicht erwähnt. Es ist ja völlig unstrittig, dass es endlich an der Zeit war, da was zu tun, dass es eher überfällig war und dass man durch unterlassene Investitionen all die Jahre und Jahrzehnte im Grunde Sparen am falschen Ende betrieben hat, dann im letzten und vorletzten Jahr umso größere Aufwendungen tätigen musste. Und so geht es bei anderen Dingen auch. Ich biete gerne an, dass wir über die Projekte, die Sie gerade angesprochen haben, im Einzelfall sprechen. Ich weiß nicht, ob das den Rahmen sprengen würde, wenn wir jetzt jedes einzeln durchgehen. Sie können gerne darauf zurückkommen. Um nur einen Punkt zu nennen: Ich als Person, aber mir ist auch in der Stadtverwaltung niemand bekannt, habe nicht behauptet, dass z. B. der Ankauf des Bio-Campus ein im engeren Sinne gutes Geschäft ist. Wir mussten es kaufen, weil die Europäische Kommission im Zuge des Beihilfverfahrens der Sparkasse KölnBonn diese dazu verpflichtet hat, das

zurück zu geben an die Kommune, in deren Auftrag es damals entwickelt wurde. Der Bio-Campus arbeitet defizitär, gar keine Frage. Insofern ist es auch kein gutes Geschäft.

Frank Möller:

Gab es überhaupt keine Alternative dazu, dass die Stadt Köln den kaufen musste. War es verbindlich, dass nur die Stadt Köln den zurück kaufen musste oder wäre es möglich gewesen, dass ein anderer Anbieter das kauft?

Martin Börschel:

Im Ergebnis war es verbindlich. Formal war es frei. Wir hätten aber im Grunde das Objekt dann verschenken müssen. Und was man jetzt bei dem Bio-Campus als defizitärem Betrieb immerhin erwägen kann, ist, wie strukturiere ich ihn in dem Sinne um, wie Frau Klug es gerade angedeutet hatte. Es zwingt die Stadt Köln ja niemand, das für die nächsten Jahrzehnte komplett als Bio-Campus-Betrieb aufrecht zu erhalten. Es ist ja durchaus denkbar, dass man daraus eine Gewerbesiedlung entwickelt, die wiederum gewinnträchtig arbeiten kann. Denn so, wie es jetzt steht und liegt, wird es auf absehbare Zeit ein Verlustgeschäft bleiben. Dessen waren wir uns bewusst, mussten es aber trotzdem wegen der EU-Auflage kaufen. Und jetzt ist es die Aufgabe, daraus eben etwas Besseres zu machen. Vielleicht kann man sagen, nur noch ein Teil bleibt für Technologieunternehmen vorbehalten. Herr Schneider hat ja nicht zu unrecht eben in seinen vielen Punkten, die ich mir sehr aufmerksam mitgeschrieben habe, z. B. darauf hingewiesen, die mittelständische Orientierung und Entwicklung in den Fokus zu rücken. Für die heutige Zeit ist sicherlich ein so großes Bio-Campus-Gelände eher nicht mehr richtig. Aber man kann die Vergangenheit auch nicht ungeschehen machen.

Noch zu einigen anderen Beispielen, die Herr Schneider angesprochen hat. Gebäudeoptimierung: Es liegt natürlich auf der Hand, sich darüber in Köln Gedanken zu machen. Das haben wir in den vergangenen Monaten auch getan, übrigens nicht zuletzt durch den Anstoß von „Köln kann auch anders“. Unsere Erfahrungen mit dem Gebäudemanagement, das hier Gebäudewirtschaft heißt, sind längst nicht so positiv, wenn ich das mal vorsichtig sagen darf, wie die Erfahrungen der Stadt Langenfeld. Das hat uns dazu bewogen, erst vor wenigen Wochen einen Antrag im Rat mit breiter Mehrheit zu beschließen, die Gebäudewirtschaft evaluieren zu lassen. Die Gebäudewirtschaft arbeitet bei uns längst nicht so effizient, wie wir uns das mal versprochen hatten, sie ist - bitte erlauben Sie mir dieses Schlagwort – eher zu einem Moloch geworden als zu einer effizienten, am richtigen Mitteleinsatz und gleichzeitig an einem ordentlichen Gebäudezustand orientierte Einheit. Ein riesiger Laden, der schwer zu kontrollieren und zu steuern ist. Also muss man da was ändern. Wir gehen jetzt eher wieder den Weg zurück, noch ergebnisoffen, was die Organisation angeht. Wir sind aber durchaus offen auch über eine Reintegration in die Verwaltung nachzudenken, ähnlich wie Dortmund es gemacht hat, weil unsere zehn Jahre Erfahrung eben nicht positiv waren.

Oder der Punkt „Strategie“, den Sie angesprochen haben. Da steckt schon der Teufel im Detail. Ich will den Kulturbereich herausgreifen. Wir haben ganz bewusst vor einigen Jahren den sogenannten Kulturentwicklungsplan auf den Weg gebracht, nach einer langen Debatte und auch zusammen mit allen Bereichen der reichhaltigen kulturellen Szene in Köln. Jetzt gilt er. Er muss Jahr für Jahr fortgeschrieben und fortentwickelt werden. Aber der erhoffte Effekt, dass man damit auch eine gemeinsame Verbindlichkeit hat, ist noch nicht eingetreten. Momentan erleben wir, dass viele Teile der Kultur, aber auch der Politik mehr Energie darauf verwenden, jetzt über die Fortentwicklung noch ein paar Dinge in den Plan rein zu schreiben, die beim ersten Mal nicht rein gekommen waren, statt sich endlich damit zu bescheiden, die Dinge, auf die man sich im Konsens verständigt hat, als Schwerpunkte gelten zu lassen, auf die auch die finanziellen Mittel

konzentriert werden. Und diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Auch Personalabbau ist in der Stadtverwaltung in Köln über die Jahre kein Fremdwort. Es ist noch nicht lange her, da hatten wir 21.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung in Köln, jetzt haben wir noch 17.000. Ich will überhaupt nicht bestreiten, dass es noch Verwaltungsbereiche gibt, wo man gemessen an einer effektiven Aufgabenerledigung sagen kann, da sitzen zu viele Beschäftigte. Aber ich will auch ganz bewusst sagen: Wir haben mittlerweile deutlich mehr Einheiten in der Stadtverwaltung, wo die Zitrone, wenn Sie mir den unfreundlichen Begriff für Menschen gestatten, mehr als ausgepresst ist, wo man nicht mehr weiterkommt mit Personalabbau, wo die Krankenstände hoch sind, wo man viel Frust hat, wo wir nur noch weiterkommen, wenn wir endlich den Mut zu einer strategischen Bestandsaufnahme haben, und uns dann auch von Aufgaben trennen.

Dr. Joachim Weiner:

Was Sie da beschreiben, schon am Beispiel der Kultur, das macht ja deutlich, dass es nicht so einfach ist, die einmal eingeschlagenen Linien in der Stadt durchzuhalten. Was ermutigte Sie, Frau Klug, zu hoffen, dass Sie 17.000 Verwaltungsmitarbeiter, wie Sie so schön gesagt haben, „mit auf den Weg nehmen“ wollen? Verwaltungsreform ist ja auch nichts Neues in Köln - in den 1990er Jahren ist auch hier versucht worden, die Verwaltung mit dem neuen Steuerungsmodell auf Vordermann zu bringen. Dieser Prozess ist bis zu einem bestimmten Punkt vorangetrieben worden. Dann wurden viele Projekte abgebrochen, nachdem sich Mitarbeiter dafür krumm gelegt hatten. Wir haben also ein erhebliches Frustrationspotenzial produziert. Im übrigen ist das nicht nur bei uns in Köln der Fall war gewesen. Das gilt auch für andere Kommunen. Die Leute wurden heiß gemacht. Man hat Steuerungsgruppen gebildet. Man hat Verantwortungsdelegation betrieben und plötzlich wurde alles wieder zurück gedreht. Dieser Prozess ist auch von den Verwaltungswissenschaftlern selbst registriert worden, von den „Granden“ der Verwaltungswissenschaft, ich nenne stellvertretend nur Gerhard Banner, Jörg Bogumil, Lars Holtkamp. Die sind sich heute einig darin, dass sich das neue Steuerungsmodell keineswegs als Erfolgsmodell in der Bundesrepublik etabliert hat. Man spricht sogar schon vom Scheitern dieses ganzen Umstrukturierungsprozesses. Was macht Sie vor dem Hintergrund so mutig und, mit den alten Strategien daran anzuknüpfen und noch mal diesen Schritt zu machen, die Verwaltung auf Vordermann zu bringen und gewissermaßen in einen Reformprozess hineinziehen zu wollen?

Gabriele C. Klug:

Es gab vor ein paar Jahren ein Unwort des Jahres, das hieß „alternativlos“. Die Einsicht, dass hinter diesem Unwort zwar eine sprachliche Unmöglichkeit steckt, aber dass es Prozesse gibt, die einfach keine Alternative haben, das macht mich so mutig, darauf zu schauen. Wir haben nicht nur Bogumil und andere. Wir haben auch viele, die nachgewachsen sind, eine neue Generation, die neue Prioritäten setzt. Und ich glaube, dass das, was wir über die Modernisierung des Finanzmanagements angepackt haben und gerade in NRW ziemlich konsequent durchgesetzt haben, dass das ein neuer zeitgemäßer Anstoß ist. Der alte Steuerungsprozess fokussierte auf die Organisation. Der neue fokussiert auf die Finanzmodernisierung. Und hier haben wir als Kommune, wenn ich das Schlagwort „Governance“ mal in den Raum stellen darf, hier haben wir Mittel und Wege, die Leute direkt einzubeziehen bei der Regelung ihrer Interessen, und das macht mich eigentlich mutig, dass wir das machen; denn wir haben im Grunde keine Alternative. Wenn wir uns überlegen, was aus den langfristigen Planungsprozessen - Planung in den 1970ern, das war ja der erste Hype der Bürgereinbeziehung - geworden ist und was jetzt an Alltäglichkeit den innovativen Charakter der Planungsprozesse überlagert, dann muss man sich dazu verhalten. Zum Beispiel beim Thema Bürgerhaushalt sind wir heute gefragt, neue Aspekte zu finden, wie

man langfristige Prozesse in diese Formen bringt, die zu öffnen für eine direkte Bürgerbeteiligung, damit nicht das passiert, was in Stuttgart passiert ist, dass nämlich der Beginn eines Planungsprozesses im Laufe von Generationen untergegangen ist und keiner mehr wusste, welche Prioritätssetzung im Endeffekt zu der einen oder anderen Option geführt hat. Oder wenn man es auf Planungsprozesse vor Ort bezieht, damit nicht in fünf oder zehn Jahren keiner mehr weiß, was eigentlich zu diesem oder jenem Stadtentwicklungsprojekt geführt hat. Wie schaffen wir es, dieses Wissen um Prioritäten weiter zu vermitteln und in der Diskussion zu halten? Das ist eine der Fragen, die mich am meisten beschäftigt. Diese Frage stellen wir uns zum Beispiel, wenn wir immer wieder Haushalte aufstellen, wenn wir das Bürgerhaushaltsverfahren machen. Wie schaffen wir es aber, aus dieser punktuellen Befassung in eine langfristige Befassung zu kommen, die immer wieder die Ziele abrufen. Ich glaube, wenn wir diese Frage stärker in den Mittelpunkt unseres Interesses rücken, dann können wir auch gewährleisten, dass wir sowohl eine große Verwaltung als auch die Bürgerschaft vor Ort weiter an der Auseinandersetzung mit diesen Zielen beteiligt halten. Wenn wir sie aber aufgeben, wenn wir also alles darauf verkürzen, dass wir nur noch über das Wegnehmen diskutieren, dann glaube ich, wird das relativ schnell uninteressant. Und ich denke, das fehlende Interesse oder der Rückgang des Interesses an dem Bürgerhaushaltsverfahren, wie wir es in der letzten Runde hatten, hat ganz viel damit zu tun, dass das Thema Bürgerhaushalt mit Verteilen und nicht mit Verändern zu tun hatte. Und ich glaube, wir müssen die Finanzdiskussion als Veränderungsdiskussion nutzen.

Dr. Joachim Weiner:

Ich sehe da ein Problem, das Ihren lobenswerten Bestrebungen entgegen arbeitet. Das ist das „positive Denken“, das in der Stadt Köln geradezu penetrant an allen Ecken und Enden rauschaut, bevor es überhaupt mal zu einer echten Bestandsaufnahme der Problemlagen kommt. In Köln wird - so sage ich es mal etwas provokativ - alles schön geredet. Ein kleines Beispiel dafür: Bei der Diskussion des letzten Bürgerhaushalts gab es einen Einwand, dass die Bauverwaltung zu langsam arbeitet, dass es unendlich lange Abstimmungs- und Entscheidungswege gibt. Die Anmerkung wurde abgeschmettert mit dem Hinweis, die Verwaltung würde optimal arbeiten, die hätten nur ein paar Personalprobleme und wenn keine Leute da wären, könnte man auch nicht schneller arbeiten. Das ist kein angemessener Umgang mit solcher Kritik. Das gleiche gilt für viele andere Bereiche hier. Und unser Oberbürgermeister ist für mich ein Musterbeispiel bei der Verkörperung dieser Haltung. All seine Interviews gehen immer ins Optimum: Wir werden Bildungshauptstadt Europas, alles natürlich erst 2020. Wir werden die Super-Kommune der Integration, auch 2020. 2020 ist auch der Haushalt einigermaßen konsolidiert. Wir bauen ein Vermögen auf. Diese Art, die Probleme weg zu diskutieren und zu verleugnen und immer zu sagen, wir sind ja schon auf dem richtigen Weg, wir haben das Größte ja schon hinter uns, ist falsch. Ich würde mir wünschen, dass doch zunächst mal der Bürger erstmal mit den realen Problemen und dem Ausmaß dieser Probleme in hinreichender Weise konfrontiert wird. Sonst können Sie den doch gar nicht von Reformen überzeugen. Warum soll er denn Opfer auf sich nehmen, wenn alles prima läuft, wenn wir alle auf dem richtigen Weg sind? Wenn der OB sagt, wir haben doch schon alles geschafft, wir haben die Archäologische Zone und das Jüdische Museum geschafft, ja, die Finanzierung steht nicht, nichts steht richtig. Wir haben die Rheinuferstraße wunderbar in den Griff bekommen. Die sollte aber schon 2010 zur Euregionale fertig sein. Auch das hat nicht funktioniert. Das wird alles ins Positive verdreht. Müssen wir nicht stattdessen erstmal eine sachliche Bestandsaufnahme der großen Problemfelder machen, die wir in dieser Stadt hier haben, um den Bürger überhaupt auf unsere Seite zu ziehen?

Frank Möller:

Ich möchte die Frage an Herrn Schneider weitergeben, weil damit ja ein objektives Problem angesprochen ist. Ein Bürgermeister repräsentiert seine Stadt nach außen, das heißt, natürlich hat er erstmal das Interesse, ein positives Bild seiner Kommune zu zeichnen. Auf der anderen Seite, verführt diese positive Verzeichnung dazu, dass man sich nach innen in Sicherheit wägt, dass auch ein völlig falsches Bild in der Bürgerschaft entsteht. Das kann natürlich auch nicht der Sinn sein. Der Bürgermeister ist an dem Punkt also in einem Dilemma. Wie haben Sie das denn in Langenfeld gelöst? Sie haben dieses Dilemma ja auch. Wie weit haben Sie sich gegenüber der Bürgerschaft und anderen Zielgruppen „ehrlich gemacht“?

Frank Schneider:

Ehrlichkeit ist ein Hauptproblem von vielen. Aber mit Ehrlichkeit - die Erfahrung habe ich gemacht - kommt man meistens wesentlich weiter als anderswie, zumindest mittel- und langfristig. Natürlich steckt der Bürgermeister generell in dem Dilemma, seine Stadt voranbringen zu müssen, auch Optimismus zu verbreiten, die Leute mitzunehmen, zu motivieren; bloß: all das, was ich verbreite, daran muss ich zunächst mal selbst glauben, das muss realistisch sein. Das bedeutet auch, Zwischenziele zu setzen, die erreichbar sind. Die können durchaus hoch sein, die müssen aber erreichbar sein. Insofern muss man immer vorsichtig sein mit all zu weit reichenden Dingen, die man da irgendwo 'raushaut. Man verliert damit nämlich sehr schnell auch das Vertrauen der Bürger oder Firmen, wenn das öfter so passiert.

Ich muss den Bürger ernst nehmen. Ich muss seine Anliegen ernst nehmen. Wir müssen den Bürger heutzutage viel mehr mitnehmen als in der Vergangenheit, weil sich der Bürger viel mehr für die kommunale Politik interessiert.

Thema Bürgerhaushalt: Ich bin ein absoluter Gegner von Bürgerhaushalten. Und ich behaupte mal, fast 100 % der Bürgerhaushalte sind dann eingerichtet worden, wenn Rat und Verwaltung oder Bürgermeister und Ratsvertreter sich nicht mehr getraut haben, dem Bürger zu sagen, was er in Zukunft alles einzusparen hat. Was war das Ergebnis zumindest von den meisten Bürgerhaushalten? Es sind dabei die Interessengruppen aufgetreten, die sowieso immer auftreten. Der Bürger hat in dem einen oder anderen Fall, wo er mal dagegen war, natürlich auch etwas kundgetan. Aber letztendlich kam bei den Bürgerhaushalten auch nichts raus. Haushalten, sanieren heißt, dem Bürger etwa zuzumuten, dem Bürger zu sagen, Du musst das in Zukunft selbst machen oder den Anspruch hast Du nicht mehr, oder die Leistung bringen wir nicht mehr oder nur gegen entsprechende Bezahlung. Das tut weh, dagegen protestiert der Bürger. Gut, dazu muss ich dann eine Meinung haben und die muss ich auch entsprechend vertreten.

Gabriele C. Klug:

Die Einschätzung des Bürgerhaushalts teile ich so nicht, weil ich glaube, dass man auch bei Sanierungsprozessen, nämlich dann, wenn die Verwaltung vorgearbeitet hat, sich an den Bürger wenden muss und dass auch der Bürgerhaushalt ein Teil einer Strategie sein muss, wenn es darum geht, zu gewichten und Empfehlungen zu bringen. Und ich glaube, der Hauptfehler, der gemacht worden ist, ist, dass viele, den Anschein erweckt haben, als sei der Bürgerhaushalt ein Entscheidungsmittel. Das ist und war der Bürgerhaushalt nicht! Er war eine Empfehlung, die dazu diente, dass die Richtigkeit der Maßnahmen, die Verwaltung und Rat in ihrer Verantwortung treffen, größtmöglich gewährleistet ist. Das war der Kern des Bürgerhaushaltsverfahrens. Und ich glaube, dass wir das alles immer und zu jedem Zeitpunkt deutlich machen müssen.

Ich wollte aber vorhin noch mal etwas sagen. Also, was passiert eigentlich, wenn man stolz auf seine Stadt ist? Wenn man stolz auf seine Stadt ist, dann nimmt man sich Großes vor. Warum? Weil man möchte, dass die Stadt wie ein Stein, ein Edelstein, etwas, was ihrer Bedeutung gerecht

wird, wirken soll. Und diesen Stolz auf eine Stadt bringt man, wenn man Entscheidungen zu fällen hat, auch in der Größe der Entscheidung, die man anstrebt, zum Ausdruck. Und ich finde, auch der Politiker und der Verwaltungschef vor allem, die dürfen und müssen Visionen haben. Wir alle leben, wenn wir ehrlich sind, von den Visionen, von den inneren Bildern, die wir in uns tragen und die wir deswegen auch in Wirklichkeit umsetzen können, wenn wir Partner, wenn wir Co-Akteure dafür gewinnen können. Und deswegen ist es wichtig und gut, Visionen zu haben und sie auch mit anderen zu teilen. Ich erinnere an den Agenda-Prozess in der Stadt Köln, wo sich ja auch viele aktiviert haben, wo viele Teilziele dann festgeschrieben worden sind, die uns auch heute noch motivieren - mich jedenfalls - bei vielen Dingen, die ich tue oder die ich lasse. Und deswegen... (Zwischenruf) ... Also, das Leitbild, das ist für mich als Ergebnis eines Agenda-Prozesses hier entstanden, aber wenn ich da falsch bin, ich war damals nicht in der Stadt, will ich das gerne modifizieren. Ich will aber einen Punkt, der war mir noch wichtig. Also, ich habe einerseits diesen unbändigen Stolz auf eine Stadt, in der ich mich wohl fühle, für die ich mich engagiere, für die ich mich einsetzen will und die viele Menschen hier in der Stadt dazu bringt, sich große Dinge vorzunehmen.

Die Kehrseite dessen ist allerdings, dass die tagtägliche Realität uns in dieses Spannungsfeld zur neuen Bescheidenheit reinbringt. Und das diskutieren wir heute Abend. Wir diskutieren heute Abend den großen Weg, den großen Entwurf, den man auch haben muss, damit man sich richtig aufstellen kann und nicht zu den Dingen, die man eigentlich möchte, NEIN sagt, bloß weil es im Moment halt nicht geht und die neue Bescheidenheit, die wir brauchen, um den Bedürfnissen des Haushalts in der Situation einer sehr schwierigen konjunkturellen Lage gerecht zu werden. Und in diesem Spannungsfeld müssen wir uns bewegen und da müssen wir einen gemeinsamen Weg finden. Und die heutige Veranstaltung ist für mich ein Teil davon.

Frank Möller:

Es mag mein persönliches Problem sein: Immer dann, wenn jemand von Visionen spricht, neige ich dazu, harte Facts einzuklagen. Und umgekehrt: Wenn jemand den faktenorientierten Pragmatiker herauskehrt, frage ich, wo das hinführen soll, welche Vision ihn treibt. Deshalb nach dem Plädoyer für die Visionen noch einmal zu einigen Facts. Herr Börschel, als Sie auf den Bio-Campus eingingen - der Presse war ja zu entnehmen, dass die Stadt Köln ihn für 20,9 Mio. Euro kauft und künftig pro Jahr mit weiteren 2,9 Mio. Euro Verlusten rechnet - da sagten Sie, man habe das Objekt auch gekauft, um was draus zu machen. Werden Sie denn in absehbarer Zeit mal ein Fazit ziehen, was aus ihren Zielsetzungen geworden ist? Ich habe nämlich den Eindruck, dass so was wie eine ehrliche Bilanzierung in Köln viel zu selten stattfindet. Das ist ein allgemeines Problem, das auch über den Bio-Campus hinausweist. Sie und wir müssten doch z. B. wissen: Wie zufrieden sind eigentlich die Bürger mit den Dienstleistungen der Stadt, wie zufrieden sind die Mitarbeiter in der Stadtverwaltung mit ihren Arbeitsbedingungen. Notwendig sind auch Controllingverfahren. Wenn ich irgendetwas in Gang setze, einen Reformprozess meinetwegen, wenn ich ihn nicht durch Controlling begleite, dann bekomme ich am Ende wieder nur ein Kuddelmuddel heraus. D. h. ich kann dann allenfalls gefühlsmäßig sagen, hat hingehauen und ich bin meiner Vision ein Stück weit näher gekommen. Wenn ich Controllingberichte im Web der Stadt Köln suche, finde ich aber so gut wie nichts. Warum ist das so? Ist das bisher tatsächlich so unterbewertet behandelt worden? Will man das ändern? Wann will man das ändern?

Martin Börschel:

Das war jetzt wieder eine Vielzahl von Fragen. Ich versuche, die jetzt Stück für Stück abzuarbeiten. Noch einmal zum Bio-Campus: Ja, wir haben das fest vor. Wir haben die Stadtverwaltung beauftragt und die Kämmerin, in deren Federführung das läuft, und ich denke, dass uns ein

Ergebnis in den nächsten Monaten als Konzept vorliegen wird. Das wird auf Dauer so nicht zukunftsfähig sein, also müssen wir uns etwas Neues ausdenken, vermutlich verkleinern und einen anderen Teil dann sozusagen rentierlich, wie man so schön sagt, verwerten, also beispielsweise zu einem Büro- und Gewerbestandort machen. Die tragen sich ja in aller Regel.

Wenn Sie fragen, wie sieht das hier mit Beteiligungsprozessen aus? Ja, ich glaube, da hat Köln in der Tat ein Defizit. Wir sind immer noch die größte Stadt der Republik, die noch nie einen wirklichen Bürgerentscheid hatte. Wir müssen gar nicht darüber diskutieren, warum das so ist. Es hat viele Anläufe gegeben, es hat jedenfalls nie einen echten gegeben. Und das ist nur eine Erscheinungsform von vielen, die uns schon zu der Erkenntnis bringt, ja, in der Form von Bürgerbeteiligung in der Stadt verspüren wir ein Defizit. Insofern sind wir jetzt Tastende, Suchende. Wie macht man das anders, wie macht man das besser? Die Landesregierung hat z. B. darauf reagiert, indem sie jetzt ein Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung verabschiedet hat, das bestimmte Quoren senkt, das bestimmte Themenstellungen auch einem Bürgerbegehren öffnet, die früher dafür nicht zugänglich waren. An dieser rechtlichen Hürde sind übrigens auch viele Bürgerbegehren in Köln in den vergangenen Jahren gescheitert. Das ist aber ein Punkt, wo wir durchaus Defizite sehen und von denen ich weiß, dass Herr Schneider das ganz anders sieht. Ich habe in Ihrer Haushaltseinbringungsrede gelesen, dass Sie z. B. gar kein Freund davon sind, den Katalog von Themen für Bürgerbegehren zu erweitern, sei es drum.

Ich glaube, es schließt sich am Ende jedenfalls nicht aus - und da will ich mich ausdrücklich an die Seite des OB stellen -, kritische Dinge über seine Stadt zu analysieren. Wir haben z. B. ein Defizit in der Bürgerbeteiligung, wir haben ein strukturelles Finanzdefizit, wir haben ein Defizit in der Infrastruktur, also einen Sanierungsstau: Schulen, öffentliche Gebäude, Straßen. Wir haben große Integrationsprobleme, wir haben ein großes Problem, mit der U3- und der Kinderbetreuung umzugehen. Aber all dieses hat doch auch eine Kehrseite. Viele der Probleme, die da auf dem Tisch des Hauses liegen, liegen u. a. daran, dass für viele Menschen Köln offensichtlich attraktiv ist. Sie ziehen nämlich hierhin, das führt dazu, dass wir mehr Kinderbetreuungsbedarf haben. Köln ist eine wachsende Stadt. Köln ist solch eine attraktive Stadt, dass uns das gleichzeitig wiederum bestimmte Verkehrsprobleme beschert. Und ich bin schon Ihrer Meinung, dass man es ehrlich analysieren muss. Aber ich kann nicht die Kritik teilen, das werde alles in einem Brei von Positivismus hier abgehandelt. Es ist schon so, dass es in Köln verflüxt viele positive Dinge gibt, aber eben auch verflüxt viele Probleme. Und daraus jetzt die richtigen Schlüsse zu ziehen, das ist das Entscheidende.

Sie haben gefragt, damit will ich schließen: Fragt man die Bürgerinnen und Bürger auch mal? Köln hat ja ein Statistisches Amt, das seinesgleichen sucht, sehr vorbildlich. Wir sind also eine der wenigen Städte in Deutschland, die ein eigenes „Meinungsforschungsinstitut“, wenn Sie so wollen, in der Stadtverwaltung selbst haben, und die machen alle paar Jahre einen sogenannten kommunalen Mikrozensus, also eine repräsentative Befragung der Kölnerinnen und Kölner, bei denen man auch statistisch plausibel, gesichert und repräsentativ herausfinden kann, wie die Menschen ihre Stadt sehen, die Dienstleistungen der Stadtverwaltung, die Infrastruktur, das Lebensgefühl, die Lebensqualität, den öffentlichen Nahverkehr und, und, und. Und man kann sagen, um auch Ihr Vorurteil zu bedienen, bei allen Problemlagen, die die Kölnerinnen und Kölner uns immer wieder ins Stammbuch schreiben, alles in allem sind sie zufrieden und leben gerne hier.

Sie dürfen natürlich nicht den Unterschied verwischen, dass es noch ein Defizit in der öffentlichen Darstellung von verschiedenen Punkten gibt. In der Tat - die Hineinnahme von Informationen, die z. B. dem Rat zur Verfügung stehen, für die Öffentlichkeit via Internet, da klafft noch ein Leck. Eindeutig ja, das will ich als Defizit hier benennen.

(Zwischenruf: „...Controlling“)

Martin Börschel:

Das Controlling müsste in etlichen Teilen schneller sein. Wir müssen in vielen Dingen, wenn es beispielsweise um die Umsetzung von Ratsbeschlüssen und ähnlichem geht, lange darauf warten, bis wir bestimmte Verfahrensstände erfahren. Da will ich nicht einsehen, dass der jetzige Status richtig ist. Da ist viel Luft nach oben, und ich glaube, da tun wir gut daran, das anzupacken. Aber die Stadtverwaltung, beispielsweise auch in der Abteilung von Frau Klug, hat ein sehr breit angelegtes Controlling. Ich glaube, da gibt es einen Unterschied zwischen dem, was man öffentlich derzeit wahrnehmen kann, und dem, was gemacht wird.

Dr. Joachim Weiner:

Gleichwohl muss man feststellen, dass es in Köln eine alte Krankheit ist, dass man, trotz erkannter Mängel, unendlich lange braucht, bis man in die Gänge kommt, um daran etwas zu ändern.

Martin Börschel:

Das klingt gut. Bringen Sie ein Beispiel.

Dr. Joachim Weiner:

Die Gebäudewirtschaft ist seit ungefähr acht Jahren der heftigsten Kritik seitens der Bevölkerung, der Schulleiterschaft etc. ausgesetzt...

Martin Börschel:

Dazu sage ich gerne etwas.

Dr. Joachim Weiner:

Wir haben die ganze Zeit nichts getan, um dieses schwierige Problem anzugehen. Es wurde vielmehr immer alles klein geredet. Die Gebäudewirtschaft hat in diesem Jahr den ersten Bericht herausgegeben. Das ist aber bloß eine Werbebroschüre, in der sie sich als optimal funktionierende Einheit darstellt, die durch ein großartiges Management geführt wird schließlich liest man, dass sie leider Gottes die Bestandserfassung der Gebäude erst bis zu 40 % geleistet hat. Was soll das denn überhaupt für ein Steuerungsprozess sein, wenn ich nur 40 % meiner Bestände überhaupt erfasst habe?

Nach dem letzten Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein Westfalen für die Jahre 2007 bis 2008 war das Flächenmanagement der Gebäudewirtschaft äußerst bedenklich zu werten. Und ich fand es interessant, dass es die Stadt Köln als eine der wenigen Städte bislang nicht geschafft hat, diesen Prüfungsbericht ins Internet zu setzen. Erst K²A² musste mit eigenen Kräften dafür sorgen, dass er nun endlich im Netz verfügbar ist. Warum passiert so etwas? Warum will man solche Dinge nicht öffentlich machen?

Martin Börschel:

Ich bin nicht die Stadtverwaltung, die dafür einstehen kann, warum ein Bericht im Internet steht oder nicht. Aber ich habe ja gerade eingeräumt, dass unser Auftritt und die Transparenz von Prozessen verbesserungsbedürftig sind. Denn ich glaube, wir müssen auch über Verfahren, über Transparenz, über ein jeweiliges Darstellen, wo ist der Stand der Dingelegitimation, wieder neu aufbauen, die eben zu Recht über viele Jahre verloren gegangen ist über Vorkommnisse in dieser Stadt. Da gibt es ein Defizit, das man angehen muss. Auf der anderen Seite bin ich nun wirklich der Falsche, wenn ich jetzt zum Verteidiger der Gebäudewirtschaft mutieren soll.

Ich glaube auch, dass man sich zur Gebäudewirtschaft zu lange Zeit gelassen hat. Es ist manchmal aber - ich muss das so frank und frei sagen - auch Ergebnis politischer Prozesse. Es hat eben

sehr lange gebraucht, um überhaupt Konsens darüber zu bekommen, diesen Evaluations-, Überprüfungs-, Neustrukturierungsantrag auf den Weg zu bringen. Wir haben in vielen Konstellationen Jahr um Jahr darüber diskutiert, finden wir politische Mehrheiten, die das angehen wollen. Die gab es lange nicht, das muss man auch sagen, das gehört zum Teil der Wahrheit.

Frank Möller:

Gut, wir haben jetzt den Ratsbeschluss. Die Gebäudewirtschaft soll evaluiert werden, d. h. die Schwächen sollen rausgearbeitet werden, die Stärken auch und dann Empfehlungen abgegeben werden. Intern heißt es jetzt, ja frühestens in zwei Jahren wird daraus was? Warum dann erst?

Martin Börschel:

Das kann ich mir schon vorstellen, zwei Jahre. Aber das höre ich von Ihnen jetzt zum ersten Mal, insofern kann ich dazu nicht Stellung nehmen.

Frank Möller:

Aber Sie können es als Ansatz nehmen, einfach noch mal in der Verwaltung von der politischen Seite nachzuhören, was verbindlich ist.

Martin Börschel:

Eindeutig! Das greife ich gerne auf. Ich weiß nicht, ob Frau Klug schon mehr sagen kann. Sie ist ja sozusagen Mitadressatin des Beschlusses, ohne dass sie jetzt die allein Umsetzungspflichtige wäre. Der Ratsbeschluss ist jetzt wenige Wochen her. Offen gestanden, habe ich jetzt noch keinen Anlass gesehen, zu fragen: Ist es denn schon fertig? Aber zwei Jahre werde ich auch nicht ins Land gehen lassen. Da können Sie sicher sein.

Frank Möller:

Gut, meine Damen und Herren, wir haben jetzt erst mal genügend Input von hier oben aus für das weitere Gespräch geliefert und würden nun gerne auch Ihre Fragen zulassen. Wir möchten vorher aber noch ganz gerne - das haben wir so abgesprochen - einen Professor für Public Management aus dem Publikum zu Wort kommen lassen. Das ist Prof. Dr. Burkhardt Krems. Wir haben Professor Krems zuvor gebeten, die Diskussion zu verfolgen und uns anschließend zu sagen, wie sich die Sachlage aus seiner Sicht darstellt, ob z. B. diese Mischung aus Vision einerseits und konkreten Angaben andererseits ausreicht, um Köln auch auf einen besseren Weg zu bringen.

Prof. Dr. Burkhardt Krems:

Ja, vielen Dank. Eine hoch interessante Diskussion, die bei mir sehr unterschiedliche emotionale Reaktionen ausgelöst hat, von sehr schön, Ermutigung, und andererseits wurde doch die Skepsis in wesentlichen Teilen auch sehr stark unterstützt. Ich glaube, wir können schon konstatieren, dass grundsätzlich eine ganze Menge an Reformbereitschaft da ist, aber ich würde auch konstatieren, es ist nicht so ganz überzeugend, dass das wirklich auch gelingt. Und ich will das Beispiel, das hier verschiedentlich genannt worden ist, gleich aufgreifen: Leere Kassen - wen stört's? Wofür wird das Geld ausgegeben? Werden die Leistungen, die notwendig sind, auch erbracht, wird die angestrebte Wirkung erreicht? Wird mit dem Geld, das ausgegeben wird, also was Vernünftiges, möglichst das Optimale erreicht? Und was sagt der Haushalt dazu? Wenn ich mir also angucke, was der Haushalt z. B. gerade zur Gebäudewirtschaft sagt, dann sind die Probleme, die hier diskutiert worden sind, ein ganz klassisches Ergebnis der Fehlsteuerung durch einen Haushalt, der nämlich zur Gebäudewirtschaft praktisch gar nichts sagt. Die von Frau Klug zu Recht beschriebene neue Konzeption, dass man in Produkten denkt, die gibt es da gar nicht, weil die

Gebäudewirtschaft nämlich eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung ist, und da finden Sie dann als Anhang zum Haushaltsplan einen Wirtschaftsplan und keine einzige Kennzahl. Das heißt, Sie wissen überhaupt gar nicht eindeutig, dass die Adressaten der Leistungen Kunden sind. Und, tut mir leid, Herr Börschel, ein Mikrozensus ist keine Kundenbefragung. Da müssen Sie ganz konkret die Abnehmer befragen. Da befragen Sie also nicht die Leute, die gar nicht die Leistungen in Anspruch genommen haben. Das ist eine allgemeine Zufriedenheitseinschätzung der Stadt Köln, wo man also vom Hörensagen her, aber nicht vom eigenen Erleben her argumentiert.

Ein paar Daten. Wahrscheinlich hat man die sonst auch nicht parat. Die Gebäudewirtschaft hat eine Bilanzsumme von 1,4 Mrd. Euro, Erträge von 350 Mio. Euro pro Jahr - die Daten von 2010 - und interessanterweise einen Bilanzgewinn von 76 Mio. Euro. Ich habe mir also die Frage gestellt, ob nicht ein bisschen weniger Bilanzgewinn für die Gebäudewirtschaft vielleicht ein Gewinn für die Stadt Köln insgesamt wäre, nämlich: bessere Aufgabenerfüllung für all die, die Kunden der Gebäudewirtschaft sind.

Wenn wir Ernst machen mit Wirkungsorientierung, dann müssten wir also kritische Fragen stellen, die im Haushaltsplan bisher eben nicht ablesbar sind. Beispielsweise ein ganz wichtiges Thema: Frühkindliche Sprachförderung. Es gibt inzwischen eine ganze Reihe von Untersuchungen, die belegen, kindliche Sprachförderung bringt nichts. Es gibt dagegen Programme, die bringen sehr viel, das Programm HIPPY („Home Instruction Program for Preschool Youngsters“) zum Beispiel, ein Förderprogramm für Vorschulkinder und ihre Mütter, bei dem Mütter aus ausländischen Kulturkreisen andere Mütter aus ausländischen Kulturkreisen anleiten, damit sie ihre Kinder unterrichten. Das heißt, die Kinder werden nicht im Kindergarten klug gemacht, damit sie klüger sind, als ihre Mütter zuhause, sondern hier wird mit Multiplikatoreffekt nachweislich seit Jahrzehnten erfolgreich wirkungsorientiert, kostenwirksam etwas gemacht. In Köln gibt es das nicht.

Zwischenruf: Doch, seit vier Jahren...

Seit vier Jahren...? Gut, O.K., prima. Frage ist, wie ist es mit den anderen Programmen. Ein weiterer Punkt: In ganz vielen Programmen sehe ich, dass ganz viel Fortbildung gefordert wird. Das klingt wunderbar. Fortbildung ist viel teurer als es im Haushaltsplan steht. Denn der größte Kostenfaktor steht nicht im Haushaltsplan, nämlich der Ausfall der Arbeitskraft. Und Fortbildung, da sind sich die Experten ziemlich einig, bringt größtenteils wenig bis gar nichts. Auch da gehört also unbedingt die Frage hin, wie wir mit einem systematischen Management erreichen, dass, wenn fortgebildet wird, also für Integration, für Inklusion und für alle weitere Generationengerechtigkeit, dass dies effektiv geschieht. Denn wir können es uns nicht leisten, flächendeckend fortzubilden für derartiges, weil, es auch nicht kostenwirksam ist.

Weiterer Punkt: Personalpolitik als Sparpolitik - auch das zeigt das alte Denken in der Stadt: Ein-sparung von Personal, weil man Kosten sparen will, ist falsch. Es geht gar nicht um Personal. Hier wird Personal immer noch als ein isolierter Kostenfaktor betrachtet, den man getrennt steuern kann. Es geht um Produktkosten, und es kann sein, und dafür gibt es viele Beispiele, dass man im sozialen Bereich mehr Personal einsetzt und dadurch Kosten spart.

Zum Schluss: Für mich lautet die Frage im Prinzip: Wo ist der neue Ansatz, hier grundsätzlich etwas zu ändern? Wo ist die Kapazität auch für grundsätzlich neue Strukturen? Denn ich habe den Eindruck, dass sozusagen die Intelligenz des Systems im Augenblick nicht ausreicht, um hier wirklich einen grundlegenden Neuanfang zu erreichen.

Frank Möller:

Danke , Herr Prof. Krems. Ich darf dann um Ihre Fragen bitten. Es wäre schön, wenn Sie sich

dabei kurz vorstellen könnten.

Sabine Röser:

Guten Abend, mein Name ist Sabine Röser. Ich möchte gerne folgendes nachfragen. Herr Schneider hat ziemlich genau ausgeführt, dass man in Langenfeld eine Vision für diese Stadt hatte. Dass Sie sich der Vision auch in Teilschritten angenähert haben. Es war sehr gut nachvollziehbar, wie Sie das geschafft haben und wie Sie zu dem heutigen Stand gekommen sind. Frau Klug, Sie haben auch viel von Visionen gesprochen und dass man in einer Stadt wie Köln große Dinge angehen muss. Das kann ich gut nachvollziehen. Aber die Teilschritte fehlen mir. Vielleicht erklären Sie noch mal, welche Schritte als nächstes anstehen, um uns weiter zu bringen.

Publikum (Name unverständlich):

Um wie viel besser würden sich denn Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik stehen, wenn es die Steuerreformen der letzten Jahre nicht gegeben hätte mit der Senkung der Spitzensteuersätze sowie diese Schröderschen Hartz IV-Reformen, die ja einen Teil der Arbeitslosen in die Obhut der Städte und Gemeinden und in die Finanzierungsbedürftigkeit der Städte und Gemeinden geschoben haben?

Manfred Wolf:

Ich wollte mich an sich nicht melden, weil ich selber FDP-Ratsmitglied bin. Aber ich möchte Herrn Prof. Krems berichtigen. Sie haben eben über die Gebäudewirtschaft geschimpft. Woher kommen denn die Gewinne? Die kommen nicht von Fremden vom Markt, sondern ich halte es für richtig, dass die Ämter eine marktübliche Miete zahlen an die Gebäudewirtschaft. Man kann natürlich die Marktüblichkeit überprüfen. Aber was ich für falsch halte, ist, dass dieser Gewinn wieder in den allgemeinen Haushalt fließt, und zwar höher als er ist. Das heißt, dass die Gebäudewirtschaft Darlehen aufnehmen muss, um Gewinne abzuführen. Das halte ich für die falsche Sache. Und Herr Weiner, wenn Sie auch über die Gebäudewirtschaft schimpfen. Man sollte natürlich auch bedenken, was sie auch geschafft hat. Nehmen Sie in den letzten Jahren den OGTS-Ausbau, 500 Mrd. in die Schulsanierung und momentan der Ausbau der Ü3-Sachen. Das ist immer dazwischen geschoben worden und musste auch von diesem Amt, das auch unterbesetzt ist, bewältigt werden.

Dr. Joachim Weiner:

Dann wollen wir aber auch davon reden, dass einige Projekte eben als PPP-Projekte realisiert worden sind, als Projekte in „Public Private Partnership“. Darüber haben wir heute Abend noch gar nicht gesprochen. Das halte ich aber für eine ganz besonders problematische Geschichte. Das haben wir ja gar nicht alles diskutieren können, heute Abend.

Manfred Kreische:

Mein Name ist Manfred Kreische, ich komme aus Köln-Kalk. Direkt mal der Werbeblock: Nächste Woche gibt es eine Veranstaltung in Kalk in der Kaiserin-Theophanu-Schule, wo wir die Fragen nach den Auswirkungen der Bundes- und Finanzentscheidungen behandeln werden. Der WDR-Journalist Ingolf Gritschneider wird seinen Film zeigen zu Bergisch Gladbach: "Arme

Leute - reiche Stadt"², und wir werden von einem Volkswirt der Hans-Böckler-Stiftung dazu noch einiges hören. Warum mache ich das? Weil ich so sauer bin auf den Bürgerhaushalt. Frau Klug, ich bin der Teilnehmer der ersten Stunde zum Thema Agenda, zum Thema Bürgerhaushalt in dieser Stadt und auch Bezirksvertreter gewesen, als dieser Mist da in der BV Kalk durchgezogen wurde. Das Leitbild in Köln kam, weil wir einen neuen Hauptgeschäftsführer hatten, der in diese Stadt kam und sagte, ihr habt ja überhaupt gar keine Visionen. Jetzt ist er weg, der Herr [Dr. Herbert] Ferger. Nicht, weil der Agenda-Verein mit seinem Antrag durchgekommen ist. Das ist z. B. auch die Frage zur Wirtschaft. Da habe ich überhaupt nichts zu gehört.

Das, was Sie jetzt mit dem ehemaligen Nattermann-Gelände machen, Bio-Campus, nennen wir es doch mal beim Namen, das sind noch Altlasten aus einer Zeit, wo die Sparkasse SPD-Parteibuchdominiert war oder andere Firmen von anderen Parteien, die im Auftrage der Politik Grundstücke gekauft haben. Das sind alles Entscheidungen, die mal gelaufen sind, die Gott sei Dank rückgängig gemacht werden. Aber für mich ist immer noch die Frage, das Thema der Bürgerbeteiligung. Frau Klug, Sie waren leider nicht auf der Auftaktveranstaltung zur dritten Runde Bürgerhaushalt, 40 Leute, das war erbärmlich. Das hat auch etwas damit zu tun, wie das Thema hier angegangen wird. Für mich fehlt grundsätzlich das Thema der Information und wie kann man das besser machen. Da bin ich schon ewig dran, bei jeder Veranstaltung, deshalb mache ich die eine jetzt in Kalk. Das andere ist: Nach dem Bürgerhaushalt ist vor dem Bürgerhaushalt. Wir müssen informieren. Das, was heute hier stattfindet, müsste in jedem Quartal, müsste in jedem Bezirk sein. Wir müssen auch an die Strukturen ran.

Neues Steuerungsmodell: Das haben Sie beide etwas nicht ganz korrekt gesagt. Es geht heute, wenn man sich die Menschen im System mal ansieht, auch um Geschäftsprozesse. Da geht es auch um Controlling, um Indikatoren. In Köln hat man da sehr viel angefangen, wie bei den Beteiligungsprozessen.

Dann würde ich als Abschluss sagen, Jüdisches Museum, ich habe dafür gekämpft, dass es entkoppelt wird, weil dort nämlich ein Bürgerbeteiligungsverfahren stattgefunden hat, die Planungszelle. Und der Bürger hat sich durchgesetzt. Das war so erfolgreich, dass es in Köln nicht mehr angewendet wird. Und das kann es nicht sein.

Also, ich erwarte mir von Ihnen jetzt keine Weisheiten. Ich kann nur sagen, liebe Leute, wir müssen es selber machen. Engagieren Sie sich in Ihren Bereichen und vor allem, wir müssen es in den Veedeln machen.

Gabriele C. Klug:

Also erstmal Ihr Beitrag. Was ist denn konkret zu tun? Unser Thema heute Abend, das wir in manchen Teilen der Diskussion nicht so ganz präzise verfolgt haben, hing ja zusammen mit Verschuldung und „wen stört's“. Ich bin mir nicht sicher, ob es alle stört, die heute da sind. Mich stört's jedenfalls, und das hat etwas damit zu tun, was zu tun ist. Aus der Sicht der Kämmerin ist natürlich zu verhindern, dass wir über das Ausmaß der Verschuldung in einen Nothaushalt reinkommen. Und das bedeutet, dass wir einen ganz knallharten finanziellen Rahmen einzuhalten haben. Den konnten Sie in der Presse lesen, 30 Mio. Euro in diesem Jahr Haushaltsverbesserung und weitere 30 Mio. im nächsten Jahr. Das ist kein Grund zur Freude, sondern das hat mit sehr viel Arbeit meiner Kolleginnen und Kollegen und auch von mir selbst zu tun, wie wir die einzelnen Haushaltspositionen durchgehen. Das habe ich heute Abend zwar im Grundsatz dargestellt,

² Die Story: „Reiche Bürger - Arme Stadt“ (2012), WDR-Fernsehen, über die mangelhafte Zahlungsmoral von Unternehmenssteuern am Beispiel von Unternehmen in Bergisch Gladbach. Siehe: <http://www.wdr.de/tv/diestory/sendungsbeitraege/2012/0206/stadt.jsp>

aber davon abgesehen, da Einzelheiten zu auszuführen, weil dieser Diskussionsprozess im Stadtvorstand im Moment noch läuft. Unter dem Strich wird das stehen, was hier von vielen gefordert worden ist und was in der Tat auch mein Amt ist, nämlich Vorschläge zu unterbreiten, wie diese Ergebnisverbesserungen in den Haushalt eingearbeitet werden. Ich will noch mal in Erinnerung rufen: In der jetzigen Fassung schließt der Haushalt für 2012 mit einem Defizit von 232 Mio. Euro im Plan. Sie wissen, was passiert, wenn dieses Defizit nicht ausgeglichen wird. Dann bedeutet das, dass der Teil des Defizits, der nicht ausgeglichen wird, rechnerisch aus dem Bürgervermögen genommen wird, nämlich über das Eigenkapital gegenfinanziert wird. Das ist zwar eine bilanzielle Position, dafür muss keiner Geld auf den Tisch des Hauses legen, aber es schmälert das Vermögen der Bürgerschaft dieser Stadt, das über Generationen angespart worden ist. Darum kreisen meine ganzen konkreten Schritte, die auch in einzelne Maßnahmen, in welcher Höhe auch immer, sich auswirken werden.

Bei all dem, was wir jetzt tun, werden wir aber in keine Kürzungsorgie alten Stils verfallen. Warum nicht? Weil sich gezeigt hat - und das hat sehr viel mit Finanzmodernisierung zu tun -, dass kurzfristige Kürzungsorgien in den meisten Fällen, dazu geführt haben, dass die Defizite nicht weniger sondern mehr geworden sind. Warum? Weil man grundlegende strukturelle Aspekte, die zu diesen Defiziten führen, außer Acht gelassen hat. Ich will noch mal eine Zahl nennen, damit Sie alle wissen, wovon wir reden. In diesen 232 Mio. Defizit, jahresbezogen für das Haushaltsjahr 2012, ungefähr anwachsend auf 330 Mio. (Stand derzeitiger Planung bis zum Haushaltsjahr 2015), sind allein 180 Mio. Euro Bilanzposten drin, Bilanzposten in Form von Abschreibungen. Und das ist natürlich eine Position, die auch nichts mit Geldflüssen zu tun hat, die können Sie nicht einsparen. Deswegen stellen sich viele Aspekte, wie man heute einen Haushalt vernünftig aufstellt, wie man Bürgervermögen sichert und wie man Verschuldung abbaut, anders als das vor fünf oder vor sechs Jahren der Fall war, als Sie unter dem Strich eine rote oder eine schwarze Zahl stehen hatten, die etwas mit Geldströmen, die in die eine oder andere Richtung gingen, zu tun hatte. Es ist mir wichtig, das deutlich zu machen. Das bedeutet, wenn es um Vermögen geht, geht es immer auch um sehr langfristige Optionen, um sehr langfristige Entwicklungen, die etwas mit der Zukunftsaufstellung dieser Stadt als Wirtschafts- und Wohnstandort für eine multikulturelle und sozial ausgewogene Bevölkerung zu tun hat.

Würden wir nach alter Rechnungslegung unseren Haushalt gerechnet haben, also kameral, hätten wir heute einen annähernd ausgeglichenen Haushalt, nur um die unterschiedlichen Betrachtungsweisen darzustellen. Da wir das nicht mehr tun, machen wir nämlich eins: Wir erwirtschaften aus dem, was wir an Einnahmen haben - ich denke, die Gewerbesteuer netto liegt im Moment im Ansatz bei ungefähr 950 Mio. EUR - was dann noch dazu kommt aus der Grundsteuer B, was dazu kommt aus Landesleistungen das hilft uns dabei, den Ressourcenverbrauch zu erwirtschaften, den Ressourcenverbrauch, der sich nicht nur darstellt durch das, was wir an Abschreibungen und Rückstellungen erwirtschaften müssen, sondern der sich auch darin ausdrückt, dass wir Rückstellungen nicht nur für Güter, sondern auch für Personalaufwendungen machen müssen. Denn auch das kommt neu dazu. Das ist kein „Juppidiu, stell mal mehr Leute ein“ und die Leute kriegen mehr Geld wegen der Tarifierhöhung, sondern das ist nachhaltige Kostenentwicklung, also: jetzt das erwirtschaften, was die Leute dann später mal kriegen. Ich glaube nicht, dass jemand im Saal ist, der sich dagegen ausspricht, und das müssen wir jetzt alles erwirtschaften. Und wir müssen heute die Systeme umstellen von alt auf neu, d. h. wir müssen auch noch zusätzlich zu dem, was wir im Moment haben, ein bisschen mehr auf die hohe Kante legen, um das aufzufüllen, was wir in Zukunft auszahlen sollen.

Viele in dieser Republik reden immer große Worte, keine Visionen aber große Worte, über implizite Staatsverschuldung. Das, was man nicht sieht, das, worüber keiner spricht, was aber irgendwann da sein muss, irgendwann, wenn die nächste oder übernächste Generation es zu finan-

zieren hat. Die kommunale Ebene kennt diese implizite Staatsverschuldung nicht mehr, denn das, was wir dann zu finanzieren haben, wird heute angespart. Und das ist wichtig, wenn man sich heute über Defizite, über strukturelle Defizite, über die Bonität von Standorten etc. unterhält. Und das stellt für die Kämmerin dieser Stadt den Rahmen dar, innerhalb dessen sie sich zu bewegen hat. Wir müssen also für unsere Strategie ein Konzept aufstellen, wie schaffen wir es auch in Zukunft, diese notwendigen Einnahmen zu generieren.

Die Ergebnisverbesserung basiert bei uns in unserem strategischen Ansatz auf der Ausgabenseite. Die Basis ist die Ausgabenverbesserung. Aber die kann nur funktionieren, wenn auch das derzeitige konjunkturelle Tal überwunden wird. Und deswegen müssen wir an mehr denken, als nur an Einnahmen und Ausgaben. Wir müssen daran denken, wie z. B. ein Bio-Campus gut für die Zukunft entwickelt werden kann, so dass wir Möglichkeiten haben, Wirtschaft und Wohnen einer Einwohnerschaft hier zu halten, zu binden, die auch dafür sorgt, dass die Einnahmen in dieser Stadt sich stetig gut entwickeln.

Frank Schneider:

Knapp 1 Mrd. Gewerbesteuereinnahmen auch in konjunkturell nicht ganz so starken Zeiten. Dann steht Köln verdammt gut da. Und das bestätigt meine Einschätzung: Die meisten Städte haben keine Einnahmeproblem, die meisten Städte haben ein Ausgabeproblem. Natürlich muss versucht werden, auch die Einnahmeseite zu steigern. Dafür gibt es viele Maßnahmen. Aber gleichzeitig, und das halte ich für noch wesentlicher, muss ich die Ausgabenseite bearbeiten. Und dafür muss ich eine Strategie haben, dafür muss ich auch Visionen haben. Visionen bedeutet für mich aber immer auch, es müssen Daten, Fakten dahinter stehen, damit diese Visionen zumindest mittelfristig umgesetzt werden können. Es darf auch einmal eine spinnerte Vision dabei sein. Aus diesen spinnerten Visionen sind manchmal ganz große Dinge entstanden. Aber vom Grundsatz her, das ist Aufgabe eines Bürgermeisters und aller führenden Personen in Rat und Verwaltung, müssen diese in Teilschritten umsetzbar sein.

In Langenfeld hat das gut geklappt. Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft der schuldenfreien Kommunen hier in NRW, das sind jetzt leider nur noch sieben, wir waren mal acht. Die haben unterschiedlichste Strukturen, klein, größer, kann man alles so miteinander nicht vergleichen. Aber wir haben in etwa die gleichen Visionen, den gleichen Ansatz gehabt. Es hängt alles ab von den Finanzen, also muss ich bei den Finanzen ansetzen. Das heißt doch, wenn ich jetzt sehe, eine Viertel Mrd. jedes Jahr Defizit, muss ich doch erstmal gucken, wie kriege ich das in den Griff. Wir hatten in Langenfeld den Beschluss gefasst: Nettoneuverschuldung null. Das haben wir im ersten Jahr nicht geschafft, im zweiten Jahr passte das. So, warum hat man denn in Köln nicht die Visionen oder auch das klare Ziel, nicht Nettoneuverschuldung null, das kriegen Sie so schnell nicht hin, aber eine ganz markante Reduzierung der Schulden. Wenn ich das anstrebe, dann muss ich das teilweise mit unliebsamen Dingen verbinden, das heißt auch mal die Rasenmähermethode anzuwenden.

Ich gebe Ihnen vollkommen recht, Frau Klug, man darf nicht kurzzeitig sparen, weil das oftmals viel teurer wird, auch gerade beim Personal, das ist gar keine Frage. Aber wenn ich die Vision nicht habe, dass ich mein Haushaltsdefizit reduzieren will, dann habe ich immer eine Begründung, warum ich in Zukunft Schulden mache. Das bedeutet, ich muss vielleicht auch mal sagen, das und das wäre zwar „nice to have“, aber jetzt nicht unbedingt notwendig, sondern erst dann, wenn ich es mir erlauben kann.

Gabriele C. Klug:

Ich will einfach nur darauf hinweisen, dass ich vieles von dem, was über Langenfeld vorhin gesagt wurde, durchaus aus meiner Weseler Praxis kenne, insbesondere die Frage der Geschäfts-

prozessoptimierung und der Hebung von Effizienzvorteilen. Das ist sicherlich sehr gut und übersichtlich machbar. Ich hatte auch das Vergnügen, mit dem Vorgänger in Ihrem Amt intensiver zusammen zu arbeiten noch in meiner Weseler Zeit. Ich will nur darauf hinweisen, wenn wir von knapp 1 Mrd. Euro Einnahmen reden, dass wir eine Volatilität in unseren Gewerbesteuerereinnahmen von 200 Mio. Euro +/- haben. Das kann von einem auf das andere Jahr passieren. Und wenn ich mich recht entsinne, hat der Kollege Staehler eins hervorgehoben, dass ein Lagevorteil von Langenfeld darin besteht, dass natürlich ganz viele Einwohner schülerischen Alters nach Düsseldorf in die Schule gehen, das ist zum einen ein Vorteil; dass zum anderen natürlich die langfristige Sicherheit von Gewerbesteuerereinnahmen prägend in der Geschichte von Langenfeld war. Ich will auch sagen, dass Langenfeld sicherlich nicht sehr zahlreiche Museen pflegt, wie die Stadt Köln, weil sie zum Bildungsstand der Bevölkerung beitragen. Ich will das gar nicht gewichten, Sie haben das auch nicht gewichtet. Ich will nur darauf hinweisen, dass Köln als Oberzentrum, und das war immer eine Diskussion, die ich auch aus Weseler Perspektive geführt habe, dass Köln als Oberzentrum zahlreiche Aufgaben übernehmen muss, auch für das Umland, das sich diese nicht leistet und auch nicht leisten kann. Und wenn wir z. B. über Reduzierungen im kulturellen Angebot reden, dann ist es natürlich so, dass wir auch immer an das denken, was wir für das Umland leisten, wofür wir ebenfalls Verantwortung tragen. Deswegen glaube ich, spielt dieser Aspekt eine Rolle. Und der andere Aspekt: Herr Börschel hat darauf hingewiesen, dass mehr als ein Drittel unseres gesamten Haushalts von Transferleistungen geprägt ist. Ich glaube auch in dieser Hinsicht nicht, dass man eine große kreisangehörige Kommune da vergleichen kann mit einer Großstadt. Und ich möchte abschließend nur für diejenigen, die mich vorhin missverstanden haben, klarstellen: Ich habe mehrfach betont, dass auch in der Stadt Köln die Verbesserung der Aufgabenabwicklung und die Reduzierung des Aufgaben-Portfolios selbstverständlich die Basis unserer Konsolidierung ist. Da besteht überhaupt kein Zweifel. Dass wir aber auf der Einnahmeseite sehr abhängig sind, wenn man Gewerbesteuerschwankungen von 200 Mio. Euro von einem auf das andere Haushaltsjahr hat, wenn man mit der Finanzindustrie auch eine Branche ansässig hat, die wirklich jede Krise in der Welt in ihren ganz konkreten Büchern hat, dann ist das natürlich eine andere Voraussetzung.

Frank Möller:

Ganz kurz zur Klarstellung, Herr Schneider.

Frank Schneider:

Ganz kurze Anmerkung: Ich möchte Langenfeld auch nicht mit Köln vergleichen. Natürlich ist Köln Oberzentrum mit anderen Aufgaben, natürlich auch mit anderen Kosten (natürlich auch mit anderen Zuschussmöglichkeiten). Ein Beispiel nur: Langenfeld war bis Mitte der 1980er Jahre Schlafstadt, gelegen zwischen Köln und Düsseldorf, genau mittig. Wir hatten einen Auspendlerüberschuss von über 5.000 Menschen, die täglich mehr ausgependelt als eingependelt sind. Die Leute sind nach Düsseldorf zu Henkel, nach Leverkusen zu Bayer, nach Köln zu Ford arbeiten gegangen. Insofern war die Stadt auch entsprechend tot mit den auch finanziellen Auswirkungen. Wir sind seit Anfang 2000 Einpendlerstadt. Wir haben mittlerweile einen Einpendlerüberschuss von 3.500 Personen. Das heißt, man kann die Dinge hinnehmen, man kann aber auch gucken, woran liegt es. Volatilität der Gewerbesteuer: Man muss mal gucken, welche Branchen möchte ich, welche habe ich, was kann ich nicht ändern, an welchen Stellschrauben kann ich aber drehen. Und das ist jedes Feld, das ich zu beackern habe. Man muss nicht alles als gegeben hinnehmen. Man muss die Verhältnisse analysieren. Das ist die Aufgabe von Politik, Verwaltung, Bürgermeister und Rat.

Dr. Dieter Neef:

Mein Name ist Dieter Neef (Aktionsgemeinschaft Contra Erweiterung Godorfer Hafen). Frau Klug, die ganze Controlling-Mechanik muss ja am Schluss auf irgendeiner Liste landen, auf der stehen Heilige Kühe, die geschlachtet werden müssen. Und ich habe den Eindruck, wir sind noch lange nicht so weit, dass Sie sich an die wirklichen Heiligen Kühe heranwagen. Eine ist, ich nenne das jetzt mal als Beispiel, der Godorfer Hafen. Ich gehe Ihnen jetzt sicher auf den Wecker, aber der Godorfer Hafen ist vor 24 Jahren angestoßen worden. Seither verstolpert man sich an diesem Projekt. Und heute sind *drei* Großprojekte im Raum Köln, im Norden und im Süden, im Bau. Die werden also in Beton gegossen, die kann man nicht mehr vom Papier radieren. Die sind im Bau. Die erzeugen 1 Mio. Containerumschlag TEU³ Kapazität. Heute haben wir an 1,6 Mio., d. h. 60 % kommen jetzt durch Projekte, die im Bau sind, oben drauf. Und trotzdem verfolgt die Mehrheit, also CDU und SPD, mit einer ungeheuren Sturheit dieses Kleinprojekt Godorf, was 120.000 TEU erzeugt, also 10 oben drauf packen würde für 60 Mio. Für die drei Projekte werden 143 Mio. investiert. Die sind jetzt im Gange, die laufen jetzt. Und die Ausgabenprozesse laufen jetzt. Da muss man sich doch irgendwann in der Politik fragen: Müssen wir wirklich Godorf noch oben drauf packen für 60 Mio., was eine relativ kleine Mehrkapazität erzeugt. Und man kann ja auch noch ein viertes Projekt dazu rechnen: Die HGK kann auch Niehl noch umnutzen, kann noch mal 300.000 TEU drauf packen. Das heißt also, wir haben reichlich neue Kapazität entweder im Bau oder mittelfristig in Sicht, und da muss man sich doch fragen, ob dieses Projekt überhaupt noch sinnvoll ist oder ob es nicht von der Realität überrollt worden ist. Ich höre dazu nichts, und Herr Börschel will es auch nicht hören. Aber es wäre höchste Zeit, dass dieses Projekt mal ein Signal setzt, dass man bereit ist, wirklich überflüssige Projekte zu begraben.

Till Kühnhausen:

Till Kühnhausen ist mein Name. Ich komme vom Autonomen Zentrum in Köln-Kalk und möchte eine konkrete Frage anschließen. Sie haben von der Notwendigkeit gesprochen, auch Initiativen aus der Bevölkerung, Sie nennen das dann bürgerschaftliches Engagement, aufzugreifen. Sie haben davon gesprochen, in Dialog zu treten mit den Menschen, die Ideen haben, die sich engagieren wollen. Und auf der anderen Seite beobachte ich das, was in Kalk seit zwei Jahren passiert. Da sind viele hundert Menschen, die sicherlich einige kulturelle Differenzen zu Ihnen aufweisen, die da ein Kultur- und Politikzentrum auf die Beine stellen, in dem im Monat bis zu über 50 Veranstaltungen unkommerziell, kostenfrei für Menschen organisiert werden. Und gleichzeitig beobachten wir seit langem, dass seitens der Politik, ganz konkret sind Sie da angesprochen, Herr Börschel, sehr wenig Bereitschaft besteht, sich überhaupt erstmal darauf einzulassen, darüber zu reden, überhaupt erstmal in ein Gespräch zu kommen und mal festzustellen, dass das ein Projekt sein könnte, was für die Stadt vollkommen kostenneutral gewesen ist bis jetzt und vielleicht auch in Zukunft sein könnte. Dass das ein Projekt sein könnte, wo ganz viel neue Ideen geschaffen werden, neue Möglichkeiten entstehen können, was u. a. auch in Ihrem Bürgerhaushalt im Bereich Kultur auf dem 1. Platz gelandet ist und da mit so einem laufenden Verfahrensvermerk in sämtlichen Ausschüssen abgebügelt worden ist. Und da würde mich ganz konkret interessieren: Kann Köln sich das wirklich leisten? Sie sagen, die Kassen sind leer. Und da sind ganz viele junge Menschen, die was machen wollen und Sie reden nicht mal mit denen?

³ TEU ist die Abkürzung für Twenty-foot Equivalent Unit und ist ein Maß für Kapazitäten von Containerschiffen und Hafenumschlagsmengen.

Frank Deja:

Mein Name ist Frank Deja. Ich bin einer der Initiatoren von K²A² und ich glaube, keiner von uns hier im Saal möchte jetzt gerne mit Ihnen, Frau Klug, tauschen, zumal die meisten dazu nicht qualifiziert sind. Aber ich möchte etwas aufgreifen, was Sie gesagt haben zum Thema Visionen und wir sind stolz auf unsere Stadt und Köln ist eine große Stadt und muss sich auch große Ideen und große Pläne leisten. Für mich ist die Frage: Was ist denn groß in heutiger Zeit? Und ich möchte dafür Beispiele nennen. Das Paradebeispiel, was die Bürger und die Politik und die Verwaltung dieser Stadt gemeinsam durchgeföhchten haben, ist ja das Thema Schauspielhaus und Oper gewesen. Da war wirklich die Frage par excellence: Was ist groß für Köln? Was setzt Köln auf die Landkarte? Ein glitzernder Glaskasten, der so austauschbar auch irgendwo sonst stehen könnte und was der Chinese in Shanghai sowieso besser bauen kann als wir, weil der sich um keine Bürgerbeteiligung scheren muss und sowieso die Taschen voller Geld hat. Oder ist es groß, im vorhandenen Bestand das bauliche Erbe der 60er Jahre zu retten und zu bewahren und darin, auf dem Weg der Sanierung eine funktional hervorragende Lösung zu realisieren, die natürlich auch sehr viel Geld kostet, darauf haben Sie hingewiesen, Herr Börschel, die aber immer noch weniger Geld kostet als der Neubau gekostet hätte. Und das ist etwas, was, glaube ich, wir besser können als der Chinese. Also, setzt man sich mit so was als Köln auf die Landkarte, zeigt man da Größe, dass man wirklich bei manchen Projekten sich fragt: Geht es eine Nummer kleiner, geht es eine Nummer bescheidener, geht es auf dem Weg der Sanierung statt des Neubaus. Was ist groß?

Nächste Frage: Es ist die Diskussion hin und her gegangen: Wie kann man einen Haushalt so gestalten, dass er von der Wirkung her gedacht wird, die man zu erzielen wünscht mit dem Geld, das man hat, weil man das Geld ja nun mal nicht vermehren kann. Die Frage ist: Wäre es denkbar, einen Prozess in Gang zu setzen, der zunächst mal der Kölner Bevölkerung bewusst macht, wo die Prioritäten und die strategischen Ziele sind? Denn, Frau Klug, Sie haben gesagt, dass man von strategischen Zielen her denkt, aber diese strategischen Ziele sind mir zumindest nicht bekannt. Wo werden sie veröffentlicht, dass man darüber nachdenken kann? Diskussion über den Haushalt kann ja für die meisten Menschen nicht heißen, Diskussion über kilometerlange Zahlenkolonnen, aus dem einfachen Grund, weil wir die alle nicht verstehen und weil die Zahlen auch ohne die dahinter stehende Wirkung, die erzielt werden soll, die dahinter stehenden strategischen Ziele unverständlich bleiben, selbst für Finanzexperten. Und wäre es nicht groß und könnte Köln sich nicht auch damit auf die Landkarte setzen, dort einen Prozess zu entwickeln, der die Stadtgesellschaft einbezieht in genau dieser Frage, welche Wirkung wollen wir erzielen, welche Schwerpunkte wollen wir setzen, wo wollen wir denn, wenn schon immer 2020 genannt wird, wo wollen wir denn dann stehen und wie stellen wir heute die Weichen dafür?

Und das dritte, was ich auch als Frage an Sie richte. Ich fand sehr interessant, was Herr Schneider dargestellt hat zum Thema Mittelstandsförderung. Ich glaube, das ist für jede Stadt ein Thema. Und dass es in Köln Jahre dauert und unendlich viel Behördengänge und kreuz und quer und Hickhack erfordert, wenn ein Mittelständler sich hier mal ansiedeln will, das hat nichts mit der Größe der Stadt zu tun. Da stelle ich einfach die Frage an Sie: Kann man da nicht aus den Langenfelder Erfahrungen etwas aufnehmen, etwas verwerten, etwas besser machen? Denn ich persönlich kenne die Geschichte zumindest eines Mittelständlers, der sich nicht in Köln angesiedelt hat, weil er die Erfahrung machen musste, eben nicht „an die Hand“ genommen worden zu sein, dem es nicht „leichter gemacht“ wurde. Und da aus den Langenfelder Erfahrungen zu lernen, das ist etwas, das kostet kein Geld und das hat nichts mit Großstadt oder Kleinstadt zu tun. Das kostet vielleicht nur ein bisschen Nachdenken.

Hans Junggeburth:

Mein Name ist Hans Junggeburth. Ich will mal über den Soli sprechen. Der wird nach der Himmelsrichtung inzwischen verteilt. Inzwischen gibt es aber auch namhafte Stimmen, die sagen, so kann das nicht weiter gehen. Wenn man hier eine Stadt wie Oberhausen betrachtet und sieht dabei Jena, wo hunderte Millionen und auch Milliardenobjekte im Osten verschleudert werden, die hier dringend gebraucht werden, dann hätten alle Parteien guten Grund, in die Richtung zu agieren, damit auch die Einnahmenseite etwas verbessert werden könnte.

Dorothee Schneider:

Ich bin Dorothee Schneider. Und mich interessiert auch das Thema „Ehrenamtliches Engagement“. Ich muss es runterbrechen auf mein für mich handhabbares Level, weil ich sonst in den Größenordnungen den Mut verliere und auch den Überblick. Mein Thema ist Bildung, ich bin Mutter von vier Kindern, Architektin. Meine Erfahrung: Beiträge, die wirklich versuchen, inhaltlich etwas zu bearbeiten, sind nicht gefragt. Aber Klogeld für die Schüler bezahlen, freiwillig, weil ja sonst die Toiletten nicht renoviert werden, das ist gefragt. Man darf gerne Lesepatenschaften übernehmen, man dürfte auch den Schulhof sauber halten aber sich inhaltlich einzubringen, ist nicht gefragt. Wenn man nun den Schritt auf die höhere, auf die politische Ebene macht, stößt man auf dieselbe Haltung, nämlich: Lass mich in Ruhe! Woran das liegt, weiß ich nicht. Ich unterstelle immer das Beste. Ich denke, Verwaltung, Politik ist so überfordert, dass die eigentlich etwas machen wollen und nicht ständig noch von irgendwelchen Einwänden gestört werden möchten. Ähnlich habe ich es übrigens auch bei der Diskussion um das Schauspielhaus empfunden. Und da bin ich den tragenden Initiativen unendlich dankbar, dass die den Mut aufgebracht haben, da dran zu bleiben und so viel zu mobilisieren. Und dann möchte ich noch etwas wissen hinsichtlich der Visionen. Köln hat eine sehr - wie nennt man das - zukunftssträchtige Schulbau-richtlinie, eine der modernsten, die es in Deutschland gibt. Wie wird verankert, dass diese auch umgesetzt wird? Will heißen, man muss doch darüber nachdenken, dass, wenn man so eine tolle Richtlinie endlich durchgefochten hat, dass sie dann auch aufgenommen wird. Und die dritte Anmerkung zu dieser Umrechnung des Gewinns der Gebäudewirtschaft: Ich möchte den Mieter sehen, der weiter Miete zahlt, wenn er keine Toilette hat.

Karl Rössel:

Mein Name ist Karl Rössel. Eine Vorbemerkung nur gerade zum Kollegen. Es ist hier öfter das Stichwort Multikulturalität und Integration gefallen. Deshalb stört es mich ein bisschen, wenn von „dem Chinesen“ die Rede ist, der dies und das macht. Ich glaube, in China gibt es mehr unabhängige kulturelle Projekte als in Köln oder in der Bundesrepublik insgesamt zusammen, und unter ungleich schwierigeren Verhältnissen versuchen Leute da, auch etwas anderes zu machen, als Klötze zu bauen.

Bei dem Stichwort Multikulturalität und Integration bin ich bei der Kulturpolitik. Herr Börschel, Sie haben den Kulturentwicklungsplan angesprochen, der ja lang und breit diskutiert worden ist mit allen möglichen Initiativen. Auch unsere, ich komme aus dem Filmbereich, das ist dann alles verabschiedet worden und es gab neue Förderkonzepte, Filmförderkonzepte. In so einem Prozess, wo insbesondere sehr viele freie Basisinitiativen beteiligt sind, braucht es auch eine Verlässlichkeit, auch in Zeiten der Sanierung. Diese Verlässlichkeit ist aber zur Zeit in Köln deshalb nicht gegeben, weil der Haushalt zweimal verschoben worden ist und damit Auszahlungen an unzählige kulturelle Projekte in dieser Stadt nicht getätigt werden, was zu zahlreichen Ausfällen von Aktivitäten und Veranstaltungen im ersten Halbjahr 2012 führt, wenn die Leute nicht vollständig Harakiri machen wollen. Es ist ein unheimlich zäher Prozess, darauf hinzuweisen, was da alles gefährdet ist. Es betrifft die Theater, es betrifft Tanzprojekte, das betrifft die freie Filmszene. Wir

organisieren das Afrika-Film-Festival im September in Köln, arbeiten jetzt schon trotz einer festen und schriftlichen Zusage der Stadtverwaltung zu einer dreijährigen Strukturförderung vor einem halben, fast dreiviertel Jahr, arbeiten seit Januar ohne einen einzigen Cent der zugesagten Fördergelder, weil einfach der Haushalt nicht verabschiedet ist. Was ich damit sagen will, es geht gar nicht so sehr um unser einziges Projekt. Es geht um viele Projekte in der Stadt, die vor dem gleichen Problem stehen. Dass diese Sanierungspolitik doch darauf achten muss, dass sie nicht nebenbei genau das erzielt, vor dem Sie selber warnen, dass Projekte und Initiativen rasenmähmäßig zerschlagen werden, einfach weil das Geld, das ihnen zugesagt ist und was auch im Haushalt steht und was auch kommen würde, wenn er denn verabschiedet wird, über ein halbes Jahr nicht ausgezahlt wird.

Björn Detter:

Mein Name ist Björn Detter. Und ich habe auch noch eine Frage an Herrn Börschel. Ich bin auch vom Autonomen Zentrum aus Köln-Kalk. Wir versuchen ja schon lange, in Kontakt mit Ihnen zu treten. Sie haben meistens keine Zeit, man könnte auch sagen, Sie wimmeln uns ab. Deswegen wäre unsere Frage, wann haben Sie denn mal Zeit? Wir sind auch lustigerweise noch nach dieser Veranstaltung hier. Und da können Sie auch gerne mit uns reden und ansonsten kommen wir auch gerne mal unangemeldet vorbei. Aber vielleicht ist es auch besser, hier darüber zu reden.

Frank Möller:

Schönen Dank. Dann möchte ich vorschlagen, dass wir jetzt die letzte Runde einläuten. Herr Börschel, Sie können sich dieser Charmeoffensive aus Köln-Kalk jetzt vermutlich nicht entziehen...

Martin Börschel:

Diese Charmeoffensive erreicht mich ja an verschiedenen Ecken und Enden. Insofern fange ich auch mit Herrn Kühnhausen und mit Ihnen zum Schluss an. Sie sind ja mit der SPD-Fraktion im vielfältigen Gespräch, wie ich weiß, mit meiner Stellvertreterin, mit Ihrem direkt gewählten Ratsmitglied in Kalk. Der ist nämlich von der Mehrheit der Bevölkerung gewählt worden, hat mehrfach mit Ihnen gesprochen, wie ich weiß. Susana dos Santos Herrmann, meine Stellvertreterin, auch. Die haben Ihnen auch zugesagt, dass wir alles, was auf Basis einer vertraglichen Grundlage passiert, gerne mit Ihnen diskutieren, auf Basis einer rechtswidrigen Besetzung nicht. Und damit sind die Regularien klargestellt. Sie haben momentan einen Vertrag. Mit der Sparkasse. Solange Sie den nicht brechen wollen, wird es die Gespräche auch weiterhin geben. Und insofern glaube ich, dass man vielleicht schauen sollte, wo man auf der Basis, die Sie bislang verabredet haben, vielleicht andere Möglichkeiten in Köln findet. Da haben, wie ich weiß, die beiden mit Ihnen drüber gesprochen. Wir haben noch keine Lösung finden können. Die Stadtverwaltung, die verschiedenen Dezernate, Herr Streitberger für den planerischen Bereich, die Liegenschaften überlegen, gibt es solche Möglichkeiten innerhalb des Kölner Stadtgebietes. Dort, wo angefragt wurde, das will ich ganz offen sagen, ist nicht immer riesige Freude darüber, wenn man die fragt. So, das muss man dann eben gucken, stellt man die vielleicht irgendwie her. Und wenn ich da nur einen Tipp geben darf, möglichst nicht, indem man sagt, wenn ihr nicht freiwillig das tut, was wir wollen, dann besetzen wir euch. Das führt meistens nicht dazu, dass die Gesprächspartner besonders freudig darauf reagieren. Wenn wir mit denen darüber diskutieren können, dann gibt es eine Möglichkeit.

Dann wollte ich auf Herrn Neef eingehen. Wir sind ja alte Bekannte, ich will nicht sagen gute Bekannte, aber jedenfalls alte Bekannte bei dem Thema Godorfer Hafen. Ich glaube, die Dinge, die Sie angesprochen haben, sind vielfältig besprochen. Wir behaupten, übrigens gutachterlich unterlegt, dass der Godorfer Hafen eine gewinnträchtige Investition ist. Sie haben gefragt, die

Politik muss sich diese Frage stellen. Wir haben die Frage sogar in die Bürgerschaft gestellt. Ich muss ganz ehrlich sagen (Gelächter)... Ja, Sie können ja das Ergebnis bedauern, aber eine Mehrheit gegen den Hafenausbau auf Grundlage der Regularien, die vorher vom Stadtrat einvernehmlich beschlossen worden waren, kam eben nicht zustande. Und insofern werden wir bei unserer Position bleiben, die allerdings keine uralte sondern eine neu wieder getroffene ist. Ich finde, da muss Politik auch ehrlich sein, und wenn Verlässlichkeit an anderer Stelle eingefordert wird, dann gilt die auch hier.

Herr Junggeburch, Sie haben nach dem Solidaritätszuschlag gefragt. In der Tat, da bin ich Ihrer Meinung. Der ist nun nach vielfältigen Regularien bis 2019, wenn ich mich nicht falsch erinnere, festgelegt. Das heißt, bis dahin wird man nichts machen können. Für den Zeitpunkt ab dann sind wir allerdings dringend der Auffassung, dass man diese Transferleistungen nicht mehr nach Himmelsrichtung, Sie haben das vollkommen zu recht gesagt, verteilen sollte, sondern nach Bedürftigkeit. Es gibt weiß Gott auch in Westdeutschland, in NRW viele Städte, Gemeinden, Quartiere, selbst in Köln, die auch dringend Bundeszuweisungen nötig hätten. Und andere Areale in Ostdeutschland sind längst gut saniert. Also das muss man dringend verändern.

Ich gucke mal durch. Ich glaube, Herr Deja hatte überwiegend Frau Klug angesprochen mit seiner durchaus in Teilen philosophischen Betrachtung, was ist groß, spannend? Mit Frau Schneider müsste ich einige Fragen konkret und vielleicht vis-à-vis besprechen, weil ich das, was ich an Kritik verstanden habe, in wesentlichen Punkten teilen kann. Wo ich Ihnen ganz konkret zustimmen will, die Schulbaurichtlinie, in der Tat, die ist vorbildlich. Die wird mittlerweile in vielen anderen Städten Deutschlands abgefragt und kopiert, und ich kann nur sagen, wir nehmen die für uns als verbindlich an. Das ist ja derzeit der Standard, nach dem auch Schulbauten errichtet werden. Das finden wir auch gut und richtig so. Diese Schulbaurichtlinien sind pädagogisch hoch modern, weitsichtig und wir wollen die umsetzen und gerne dann auch verbindlich machen, wenn es dazu mehr bedarf, als bisher der Fall ist.

Gabriele C. Klug:

Die verwaltungsadministrativen Aspekte der Fragen möchte ich gerne übernehmen. Ich fange mal mit dem Aspekt „Öffnung des Prozesses zur Zielgenauigkeit der Ausgaben“ an. Sie haben etwas angesprochen, was wir natürlich als Verwaltung gewährleisten müssen, auch wenn es neu ist, Wege zu finden, wie man das gewährleisten kann, denn wir müssen den Haushalt ja umstellen auf diese Wirkungsorientierung, auf Messbarkeit, auf outcome-orientierte Messbarkeit, also, wie erreichen wir Zielgruppen u.s.w.

Die Indikatoren dafür zu ermitteln ist noch relativ neu. Mir ging eben durch den Kopf, dass ich mir wünschen würde, wenn wir zum 2013er Haushalt zwei, drei Pilotbereiche für diese neue Vorgehensweise herausuchen und das deklinieren könnten, dass wir vielleicht eine ähnliche Veranstaltung wie diese heute machen, um die Möglichkeit zu geben, sich einzubeziehen. Ich persönlich glaube, dass die Festlegung der Messgrößen eine der entscheidenden Weichenstellungen ist, um diese strategische Zielebene auf das einzelne Produkt runter zu deklinieren. Und deswegen ist das für Sie wie auch für den Rat die entscheidende Ebene. Und daran wird dann gemessen werden, wie viel, ist das alles zielgenau ausgegeben worden, lohnt es sich, dieses oder jenes Programm weiter zu verfolgen?

Der andere Punkt war die Frage, wie die finanzielle Ausstattung unter den Bedingungen der vorläufigen Haushaltsführung gewährleistet werden kann. Sie wissen, dass der Rat uns auf den Weg gegeben hat, die Möglichkeiten der vorläufigen Haushaltsführung auszunutzen. Wir sind da in Gesprächen mit dem Regierungspräsidium, um einzelfallbezogen auszuloten, wie wir das machen können. Da wir im Jahr 2012 nicht Gefahr laufen, diese 5%-Quote zu übersteigen, die uns dem Not-Haushalt näher bringen könnte, sind unsere Ermessensspielräume gegeben, so dass

ich eigentlich der Auffassung bin, dass wir im Einzelfall durchaus abhelfen können. Das betrifft ja, wie Sie zu recht erwähnten, alle Fachdezernate, die sich mit Projekten und Initiativen befassen, und ich habe meine Kollegen gebeten, das in eigener Verantwortung, damit es schneller und auch zielstrebig geht, zu prüfen und die Fördermöglichkeiten auszuschöpfen. Ich gehe davon aus, dass diese Möglichkeit auch ausgenutzt wird.

Frank Möller:

Herr Schneider, Sie haben das Abschlusswort, das erlösende Wort für Köln. (Gelächter)

Frank Schneider:

Das maße ich mir nicht an. Nein, ganz kurz noch mal zu dem Thema, das gerade angesprochen worden ist: Ehrenamt. Das ist ein unermessliches Potenzial, was man als Stadt schöpfen muss. Es ist natürlich auch mit Arbeit verbunden, das ist gar kein Thema. Nur, letztendlich ist der „Profit“, der für eine Stadt dabei herauskommt, unermesslich. Ich gehe auch immer so weit, zu sagen, in Langenfeld war auch das ehrenamtliche Engagement ein großer Beitrag zur Entschuldung der Stadt. Wir haben ehrenamtliches Engagement, der Bürgermeister geht immer voran. Bei jeder Veranstaltung predigt er auch, Ehrenamt ist Pflichtaufgabe in Langenfeld. Bei uns sind fast ein Drittel der Bürger ehrenamtlich in irgend einer Form engagiert und das teilweise mit einem Engagement, das weit über einen Arbeitstag hinausgeht. Zwei Beispiele: Wir haben ein Kulturelles Forum, das ist eine alte Schule, die ist umgebaut worden. Es ist die einzige Außenstelle der Stadt Langenfeld. Wir haben ein Archiv dort untergebracht. Dort ist auch ein Kulturelles Forum untergebracht, d. h. eine Fläche, Räumlichkeiten für Ausstellungen. Die Stadt Langenfeld hat das Haus zur Verfügung gestellt plus Nebenkosten, alles, was so dazu gehört. Und es gibt einen Förderverein, der dieses Haus, ausgenommen das Archiv, bewirtschaftet. Es finden dort jährlich mindestens vier hochwertige Ausstellungen statt, Chagall, Hundertwasser, hatten wir im letzten Jahr da, mit einer überregionalen Resonanz. Um die 140 Leute sind in diesem Förderverein. Die kriegen natürlich Zuschüsse für die Ausstellungen, das ist ganz klar. Aber die stellen beispielsweise den Thekendienst, den Besucherdienst vollkommen für sechs Tage in der Woche zur Verfügung. Da haben wir als Stadt keinen Vertrag mit, brauchen wir uns nicht drum zu kümmern. Wir haben außerdem, das ist ein Luxusprojekt nach der Entschuldung, wir haben eine alte Wasserburg, die ist öffentlich zugänglich gemacht worden. Das ist das gleiche System, die Stadt zahlt die Nebenkosten, die ganz erheblich sind bei einer Wasserburg. Es hat sich dort innerhalb eines Jahres ein Förderverein gegründet mit mittlerweile auch um die 130, 140 Mitgliedern, die das Programm selbstständig gestalten von Burgfesten, Weihnachten, im Sommer zu hochwertigen Konzerten, zu Diskussionsrunden und, und, und. Dieser Verein finanziert das ganze dort auch, da haben wir keine Zuschüsse. Das ist ein bedeutsames ehrenamtliches Engagement. Wenn es das nicht gäbe, würde es diesen Teil der Kultur nicht geben.

Wir haben jetzt, ich weiß nicht, ob es das in Köln auch gibt, seit drei oder vier Jahren eine Freiwilligenagentur, um dort Angebot und Nachfrage zueinander zu bringen. Wo sind Nachfragen, wo wird ehrenamtliches Engagement gebraucht, wo wird es vielleicht gewünscht, beispielsweise auch an den Schulen und wie kriegen wir das hin?

Frank Möller:

Meine Damen und Herren. Ich möchte mich ganz herzlich dafür bedanken, dass Sie fast 2 1/2 Stunden hier ausgehalten und sich sehr komplexen Fragestellungen mit uns gewidmet haben. Ich meine, das zeigt auch noch mal, dass das Interesse, das Potenzial in dieser Stadt groß ist, auch das Potenzial an ehrenamtlichem Engagement, an Bürger-Engagement. Und ich denke, Politik und Verwaltung sind gut beraten, dieses Engagement, das quasi auf der Straße liegt, einzubeziehen

und ernst zu nehmen. Ohne das geht es auch nicht. Ich bedanke mich ganz herzlich auch bei Ihnen, Frau Klug, Herr Börschel, Herr Schneider und Prof. Krems. Herzlichen Dank an Sie alle. Kommen Sie gut nach Hause und bis zum nächsten Mal.

KÖLNER STADT-ANZEIGER VOM 15.8.2012

INTERVIEW MIT OB JÜRGEN ROTERS

"Vom Sparen wird niemand verschont"

Oberbürgermeister Jürgen Roters hat im Gespräch mit dem "Kölner Stadt-Anzeiger" einen knallharten Sparkurs angekündigt. So soll die Stadt auf den Tunnel an der Rheinuferstraße ebenso verzichten wie auf die Bewerbung zur Bundesgartenschau.

Herr Roters, im Haushalt klafft ein Loch von mehr als 200 Millionen Euro. Jetzt will Rot-Grün in Düsseldorf die Schuldenbremse lösen. Die FDP will mitspielen. Nur die CDU zögert noch. Was halten Sie davon?

Jürgen Roters: Ich halte das für eine Fehlentwicklung. Vor dem Hintergrund des Sparzwangs, dem alle Kommunen unterliegen, ist das der falsche Weg. Das habe ich der Landesregierung schon in der vergangenen Legislaturperiode in einem Brief mitgeteilt.

Haben Sie eine Antwort bekommen?

Roters: Nein. Wir müssen die Konsolidierung unserer Finanzen jetzt in Angriff nehmen. Daran führt kein Weg vorbei. Ich kann die Städte im Ruhrgebiet verstehen, die einem Nothaushalt unterliegen und allein deshalb keine Fördermittel mehr bekommen können, weil sie den Eigenanteil nicht aufbringen können. Aber deshalb allen Städten generell zu erlauben, wieder mehr Schulden zu machen, ist der falsche Weg. Das hätte man auch anders lösen können.

Wird sich Köln weiter an die strengen Maßstäbe halten und in zwei Jahren nacheinander nicht mehr als fünf Prozent aus der Allgemeinen Rücklage nehmen, selbst wenn demnächst zehn Prozent erlaubt sind?

Roters: Ja. Sollte das Gesetz geändert werden, votiere ich eindeutig für eine freiwillige Selbstverpflichtung.

Ist die nicht völlig wertlos?

Roters: Man wird uns politisch daran messen. Auch wenn die Kommunalaufsicht keine Möglichkeit mehr hat, einzuschreiten. Wir haben die politische Verantwortung, den Haushalt jetzt in Ordnung zu bringen. Und nicht erst im Jahr 2020. Alle großen Fraktionen haben zugesichert, dass sie diesen Weg mitgehen. Man erwartet von der Stadtverwaltung jetzt, dass entsprechende Vorschläge gemacht werden. Das werden wir tun. Dann wird man sehen, ob die Fraktionen mitziehen.

Konkret. Wo soll gespart werden?

Roters: Ich habe ganz klare Sparvorstellungen, die vom Stadtvorstand noch beschlossen und natürlich auch vom Rat mitgetragen werden müssen. Danach wird es wegen der geringen Effekte keine millionenschwere vorzeitige Inbetriebnahme des südlichen Abschnitts der Nord-Süd-Stadtbahn geben. Die Untertunnelung der Rheinuferstraße sollten wir bis auf weiteres zu den Akten legen. Wir sollten uns nicht für die Bundesgartenschau 2023 bewerben. Das alte Gebäude des Rautenstrauch-Joest-Museums werden wir nicht sanieren können. Da laufen uns die Kosten weg. Die Schule für alle, also die inklusive Schule, werden wir nur in dem Maße errichten können, wie sich das Land beteiligt. Schließlich geht es da auch um die Lehrerbildung. Ohne Unterstützung können wir uns das nicht leisten.

Was wird aus der Archäologischen Zone und dem Jüdischen Museum?

Roters: Darauf sollten wir auf lange Sicht nicht verzichten. Sollte der Landschaftsverband Rheinland seine Beteiligung ausschlagen, müssen wir allerdings ernsthaft neu nachdenken. Die Betriebskosten muss der LVR ganz oder zumindest zum großen Teil übernehmen. Anzustreben sind 75 Prozent LVR-Anteil, ideal wären 100. Davon hängt die Realisierung des Jüdischen Museums ab. Sonst müssen wir das Projekt, so wichtig und wünschenswert es wäre, auf spätere Generationen verschieben.

Gibt es auch Tabus?

Roters: Ja. Wir müssen das Kölnische Stadtmuseum sanieren und den Anbau verwirklichen. Sonst müssten wir es schließen. Das gilt auch für das Römisch-Germanische Museum. Das müssen wir anpacken. Wir haben bei der Erweiterung des Wallraf-Richarz-Museums, also beim Haus Kutz, eine Verpflichtung abgegeben. Die werden wir einhalten und sie durch ein Investorenmodell verwirklichen. Das Staatenhaus im Rheinpark zu einem Musical-Standort umzubauen, ist für den Wirtschaftsstandort Köln von großer Bedeutung. Wenn das blaue Zelt abgebaut wird, brauchen wir eine Kompensation im Rechtsrheinischen. Da will sich ein privater Investor engagieren.

Das sind alles große Vorhaben. Wie kann man im laufenden Betrieb sparen?

Roters: Wir werden bei der Gebäudewirtschaft ein Effizienzprogramm auflegen und müssen Standards absenken. Das gilt auch für Schulbauten. Wir zahlen jedes Jahr 200 Millionen Euro

allein für die Schulen an die Gebäudewirtschaft. Neubauten kann man kostengünstiger mit planerischen und baulichen Modulen vornehmen. Wir müssen Schulen nach einem geordneten System aus dem Denkmalschutz herausnehmen, damit die Sanierung preiswerter und damit auch schneller realisiert wird. Nicht alle, aber momentan steht nahezu jede zweite Schule in Köln unter Denkmalschutz. Auch die Baustandards werden wir absenken müssen. Den wünschenswerten, aber extrem teuren Passivhausstandard kann es nicht mehr geben. Bei den Bühnen und den Museen prüfen wir sehr ernsthaft, Werkstätten, Service-Einheiten und das Facility-Management zu bündeln. Es gibt keine Stadt in Deutschland, die so viele Museen in kommunaler Hand hält.

Von welchen Aufgaben muss sich die Stadt ganz verabschieden?

Roters: Diese Liste wird am Ende so lang sein, dass sich kein Bereich beschweren kann: Warum trifft es mich und nicht die anderen? Weder das Soziale noch die Kultur, der Sport oder die Wissenschaft können davon verschont bleiben. Aufgaben, die andere übernehmen können, müssen nicht mehr immer von der Stadt erfüllt werden. Wir werden auch die ganzen Wettbewerbe mit den entsprechenden Preisen ausdünnen. Was auf jeden Fall bleiben werden sind der Ehrenamtsstag, Ehrenamtspreise und das Freiwilligen-Engagement. Die gesamten Sparvorschläge werden in wir in überschaubarer Zeit präsentieren, damit sie öffentlich diskutiert werden können.

Worauf müssen sich die freien Träger im Sozialbereich oder bei der Jugendhilfe einstellen?

Roters: Die Finanzierung von Maßnahmen soll mit Leistungsvereinbarungen und einem Controlling verbunden werden. Wenn es beispielsweise darum geht, schulmüde Jugendliche wieder zum Schulbesuch zu bewegen oder den Übergang ins Berufsleben zu schaffen, wird man auch nach Erfolgsquoten fragen müssen. Es wird weniger Pauschalen geben. Darauf werden sich die Wohlfahrtsverbände einstellen müssen.

Der Personalabbau in der Verwaltung hat dazu geführt, das sie offensichtlich in einzelnen Bereichen ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen kann. Kann hier weiter gespart werden?

Roters: Wir sehen, dass die Arbeitsbelastungen in der Stadtverwaltung nicht gleichmäßig verteilt sind. Wenn wir uns von Aufgaben trennen, werden wir die Stellen aus diesen Bereichen in besonders belastete andere Bereiche verlagern. Das ist der erste Schritt. Wir müssen aber auch weiter alle Anstrengungen unternehmen, um zu einer Reduzierung des Personals zu kommen. Das wird nicht leicht, weil wir ja in einzelnen Bereichen wie dem Ausbau der Kinderbetreuung oder bei der Feuerwehr mehr Personal einstellen müssen. Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Aber auf Dauer müssen wir mit weniger Personal auskommen.

Die Verwaltung steht seit Jahren unter dem Spardruck. Wie wollen Sie die 17000 Mitarbeiter motivieren?

Roters: Wir brauchen eine Kultur der Veränderung. Wir stehen vor einer Zeitenwende, können diesen Weg der Defizit-Anhäufung und des Verbrauchs von Eigenkapital nicht mehr weitergehen. Alle müssen bereit sein, die Kürzungen mitzutragen und auch die Kritik daran aushalten, die von den Interessengruppen garantiert kommen wird.

Wie soll das gelingen? Wollen Sie sich vor 17.000 Mitarbeiter stellen?

Roters: Es gibt zwei Wege. Ich bin seit zwei Jahren regelmäßig in Abteilungen und Ämtern unterwegs und sage allen, dass wir uns neu aufstellen und wo wir sparen müssen. Mein Eindruck ist, dass dieser persönliche Einsatz Wirkung erzielt. Wir müssen die Bereitschaft der Dezenten und Amtsleiter stärken, diesen Weg mitzugehen. Wenn ein Dezent ein Sparvorschlag in seinem Bereich macht, darf das nicht dazu führen, dass die anderen sich zurücklehnen und denken: Prima, dieser Kelch ist an mir vorübergegangen.

Sparen ist das eine. In welchen Bereichen kann die Stadt ihre Einnahmen verbessern?

Roters: Wir werden städtische Beteiligungen auf den Prüfstand stellen. Es gibt aber Bereiche, die unantastbar sind. Das sind die Wohnungsgesellschaft GAG und die Rhein-Energie.

Was ist mit Net-Cologne?

Roters: Das habe ich prüfen lassen. Das Unternehmen hat derart viel in die Infrastruktur investiert. Das schmälert natürlich einen denkbaren Verkaufswert.

Dann bleibt ja nicht mehr viel übrig?

Roters: Sagen Sie das nicht. Wir haben ein derart breites Portfolio auch an kleineren Beteiligungen. Müssen wir an Schulbuchverlagen beteiligt sein? Oder an Radio Köln? Das sind alles keine Riesenbeträge. Aber alles, was den Haushalt entlastet, muss genutzt werden.

Wird es weitere Erhöhungen von Steuern und Gebühren geben?

Roters: Dazu sehe ich keine Veranlassung. Denn wir müssen im Wettbewerb der Städte um ihre Wirtschaftskraft konkurrenzfähig bleiben.

Sie sprechen immer von Kooperationen im Rheinland. Was ist da möglich?

Roters: Die drei Städte Bonn, Düsseldorf und Köln haben einen Prüfauftrag erteilt, wie die bei den Bühnen die Kooperation verbessert werden kann.

Wenn man da richtig Geld sparen will, kann es doch nur darum gehen, dass ganze Sparten aufgegeben werden.

Roters: So ist es. Das wird mit überprüft werden.

Der Konsolidierungsprozess wird mindestens bis ins Jahr 2020 anhalten. Werden Sie ihn bis zum Schluss begleiten, also 2015 noch einmal kandidieren?

Roters: Ich habe meine Entscheidung noch nicht getroffen. Das sage ich ganz ehrlich. Aber eine Verwaltung und eine Stadtgesellschaft neu auszurichten, ist eine interessante Aufgabe. Meine erneute Kandidatur wird auch davon abhängen, wie die Konsolidierungsanstrengungen aufgenommen werden. Wenn ich den Eindruck habe, dass alle ernsthaft mitziehen, ist die Chance größer.

Das Gespräch führten Peter Berger und Helmut Frangenberg

KÖLN KANN AUCH ANDERS erstellt in unregelmäßigen Abständen Dossiers zu Fragen der Stadtpolitik und zur Entwicklung städtischer Einrichtungen und Verwaltungen.

Zielgruppe der Dossiers sind Medienvertreter/innen, Multiplikator/innen und Fachkräfte innerhalb und außerhalb Kölns. Ihnen möchte KÖLN KANN AUCH ANDERS Hintergrundmaterial für eine fundierte und kritische Arbeit und Berichterstattung über wesentliche Aspekte der Entwicklung Kölns zur Verfügung stellen und sie dazu ausdrücklich ermuntern.

So sollen gleichermaßen Langzeitbeobachtungen von Entwicklungsprozessen wie auch die kritische Begleitung der Arbeit des Leitungspersonals städtischer Einrichtungen und Behörden gefördert werden. Aus Sicht von KÖLN KANN AUCH ANDERS ein unerlässlicher Beitrag zur demokratischen Kontrolle und langfristigen Sanierung der politischen Kultur Kölns. Die Dossiers werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt und unter www.koelnkannauchanders.de zeitnah freigeschaltet.

Dossier 1:

Essay: „1514 antwortet nicht mehr. Eine Geschichte von Verlust, Verantwortung und vom Nutzen eines Archivs“ (2010) http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/1514_antwortet_nicht_mehr.pdf

Dossier 2:

Expertise: „Zur Zukunft von Stadtmuseum und Stadtarchiv in Köln. Eine kritische Zwischenbilanz“ (2010) http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/Dossier_Stadtarchiv_und_Stadtmuseum_Koeln.pdf

Dossier 3:

Diskussion: „Kann Köln auch anders? Der Zustand der politischen Kultur zwei Jahre nach dem Archiveinsturz“ (März 2011)

http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/Kann_Koeln_auch_anders__Protokoll_2.3.2011.pdf

Dossier 4:

Expertise: „Sanierungsstau! Informationen (nicht nur) zur Gebäudewirtschaft der Stadt Köln“ sowie sich anschließende Fragen an politische Verantwortungsträger (Mai 2011)

http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/Dossier_KKAA_zur_Gebaudewirtschaft_neu.pdf

Dossier 5:

Diskussion: „Sanierungsbedürftig und vom Verfall bedroht: Der Umgang der Stadt Köln mit ihren öffentlichen Gebäuden (Juni 2011)

http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/Stadtgesprach_zur_Gebaudewirtschaft_Mitschrift.pdf

Dossier 6:

Diskussion: „Offene Ganztagsschule in Köln. Anspruch, Wirklichkeit und Perspektiven (Oktober 2011)

http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/Dossier_KKAA_6_Offener_Ganztag_17.10.2011.pdf

Dossier 7:

Vortrag und Diskussion: „Bürgerbeteiligung – Ein Heilsweg zur Revitalisierung der Demokratie?“ Von Dr. Markus Linden (November 2011)

http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/Dossier_KKAA_7_Burgerbeteiligung_Markus_Linden.pdf

Dossier 8:

Expertise: „Schulentwicklung in Köln. Offener und gebundener Ganztag“ (Januar 2012)

http://www.koelnkannauchanders-zzb.de/content/pdf/Dossier_KKAA_8_Schulentwicklung_in_Koeln.pdf

Dossier 9:

Expertise: „Gegenwart und Zukunft des Kölner Stadtarchivs. Eine Zwischenbilanz mit vielen offenen Fragen und einigen Forderungen zum 3. März 2012“ (März 2012)

http://www.koelnkannauchanders-zzb.de/content/pdf/Dossier_Koelner_Stadtarchiv_26.2.2012.pdf

Dossier 10:

Diskussion: Leere Kassen – wen stört's denn...?

Kommunale Haushaltspolitik in Köln und anderswo (März 2012)

Dossier 11:

Dossier: „Kölner Integrationspolitik: Weg zur interkulturellen Stadtgesellschaft oder wohlmeinender Blindflug? (Juni 2012)

http://www.koelnkannauchanders-zzb.de/content/pdf/Koelner_Integrationspolitik.pdf

Dossier 12:

Expertise: „Integrationspolitik im Blindflug. Eine Kritik des Kölner Konzepts zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft (September 2012)

http://www.koelnkannauchanders-zzb.de/content/pdf/Expertise_Integrationspolitik.pdf